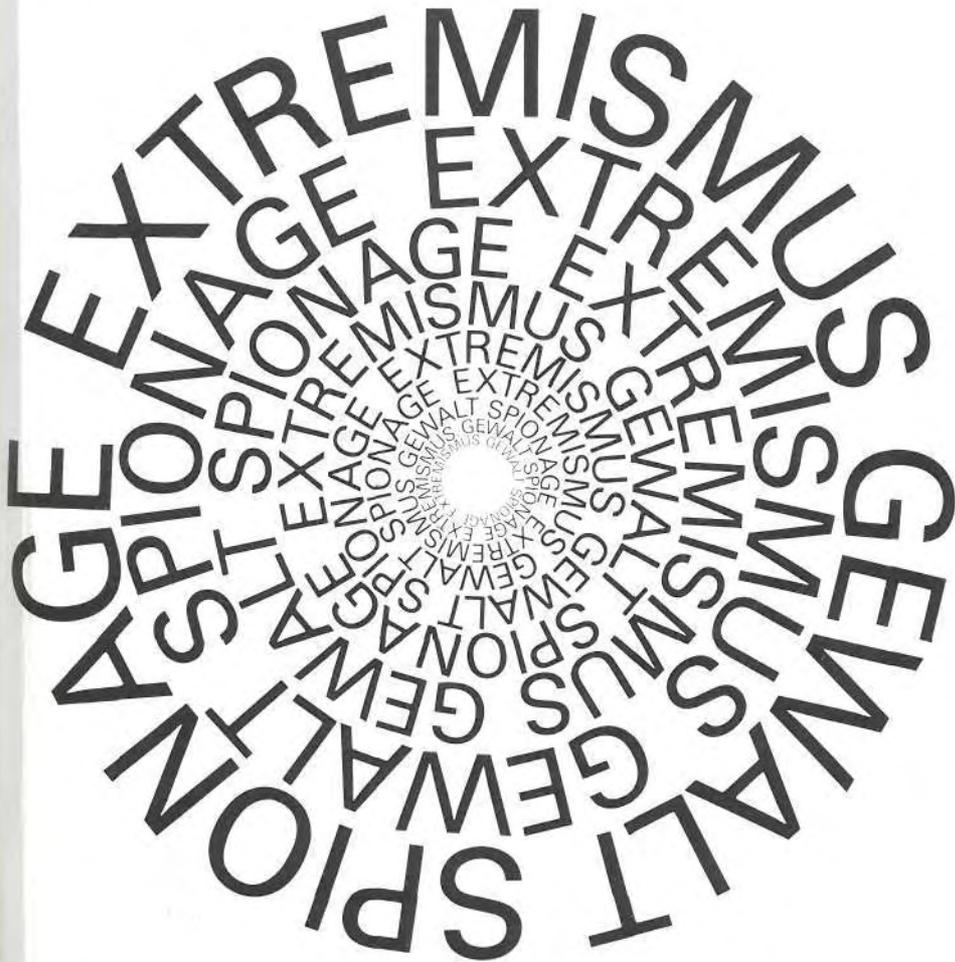




Der Innenminister
des Landes
Schleswig-Holstein

Verfassungsschutz in Schleswig- Holstein 1984



Herausgeber:
Der Innenminister des
Landes Schleswig-Holstein

Heft 28/1985

Gestaltung: Nach einer Vorlage von
i.de, Büro für Gestaltung, Stampe

Herstellung:
Lübecker Nachrichten

ISSN-Nr. 0173 – 945 X
0173 – 9441

Zum Geleit

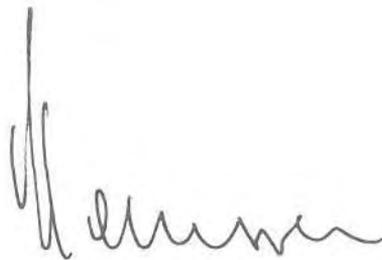
Nach wie vor stellen extremistische politische Bestrebungen keine Gefahr für unsere freiheitliche Verfassungsordnung dar. Diese Feststellung ist beruhigend, aber sie ist keine Selbstverständlichkeit. Unser demokratischer Staat steht in einer permanenten Bewährungsprobe. Die eingedenk der Erfahrungen der Weimarer Republik von den Verfassern unseres Grundgesetzes getroffene Entscheidung für die »wehrhafte Demokratie« hat uns die rechtsstaatlichen Mittel an die Hand gegeben, unsere freiheitliche Verfassungsordnung zu bewahren und ein zweites »1933« – die Machtergreifung durch eine extremistische Partei – zu verhindern. Unsere Aufgabe ist es, diese Mittel auch zu nutzen.

Der Schutz unserer Verfassungsordnung ist nicht allein Angelegenheit der dafür gesetzlich vorgesehenen staatlichen Einrichtungen, wie Verfassungsschutzbehörden, Polizei oder Justiz, sondern er ist vor allem eine demokratische Verpflichtung aller Bürger. Wenn die Bürger unseres Landes in vollem Konsens mit ihrer Verfassung stehen, ihre Werte anerkennen und für schützenswert halten, so ist dies immer noch der beste Verfassungsschutz.

Damit die Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin der Herausforderung durch extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen gegenüber bestehen kann, ist es notwendig, nicht nur den Verantwortung tragenden Politikern, sondern allen Bürgern die nötigen Informationen gerade auch über die innere Bedrohung unserer Verfassung zu geben.

Die vom Bund und von den Ländern herausgegebenen Verfassungsschutzberichte sollen einen Beitrag zur Erfüllung dieser Informationspflicht leisten.

Der Bericht »Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1984« verzichtet bewußt auf eine vollständige Aufzählung und Darstellung aller extremistischen Bestrebungen von Organisationen und Einzelpersonen. Wie in den vorangegangenen Jahren sind Schwerpunkte insoweit gebildet worden, als der Bericht im wesentlichen extremistische Bestrebungen beschreibt, die als typisch und repräsentativ für die einzelnen Richtungen angesehen werden können. Der Bericht ist daher kein allgemeines Nachschlagewerk, er ist auch kein umfassender Tätigkeitsbericht der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde. Er ist aber – und davon bin ich überzeugt – eine sachliche Grundlage zur eigenen Meinungsbildung.



Karl Eduard Claussen

Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein

Seite	6 – 8	Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein
	9	Verfassungsschutz durch Aufklärung

A

Seite	10 – 58	A. Politischer Extremismus
	12 – 25	I. Rechtsextremistische Bestrebungen
	12 – 14	1. Situation des Rechtsextremismus
	15 – 17	2. Übersicht in Zahlen
	15	2.1 Organisationen und Mitglieder
	15 – 17	2.2 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten
	17 – 20	3. Neonazismus
	17 – 19	3.1 Organisationen
	17 – 18	3.1.1 Ehemalige »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten« (ANS/NA)
	18 – 19	3.1.2 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG)
	19	3.1.3 »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI)
	19 – 20	3.2 Auslandsverbindungen
	20 – 22	4. Nationaldemokratische Organisationen
	20 – 22	4.1 »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)
	22	4.2 »Junge Nationaldemokraten« (JN)
	22 – 23	5. »National-freiheitliche« Rechte
	23 – 24	6. Rechtsextremistische Jugendorganisationen
	23 – 24	6.1 »Wiking-Jugend« (WJ)
	24	6.2 »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ)
	24 – 25	7. Sonstige Organisationen
	26 – 58	II. Linksextremistische Bestrebungen
	26 – 29	1. Situation des Linksextremismus
	29 – 31	2. Übersicht in Zahlen
	29 – 31	2.1 Organisationen und Mitglieder

31	2.2	Linksextremistisch motivierte Straftaten
31 – 47	3.	Orthodoxer Kommunismus
31 – 35	3.1	Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) – Entwicklung und Ideologie
35 – 36	3.2	Nebenorganisationen der DKP
35	3.2.1	»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)
35 – 36	3.2.2	»Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)
36	3.2.3	»Marxistischer Studentenbund Spartakus« (MSB)
36 – 41	3.3	DKP-beeinflußte Organisationen
37 – 38	3.3.1	»Deutsche Friedens-Union« (DFU)
38 – 39	3.3.2	»Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)
39 – 40	3.3.3	»Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«
40 – 41	3.3.4	»Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)
41 – 47	3.4	Aktivitäten orthodoxer Kommunisten in Schleswig-Holstein
41 – 44	3.4.1	»Friedenskampf«
44 – 45	3.4.2	»Antifaschismusarbeit«
45	3.4.3	Weitere Arbeitsfelder
45 – 47	3.4.4	Jugendarbeit
47 – 55	4.	Die »Neue Linke«
48 – 51	4.1	Die dogmatische »Neue Linke«
49	4.1.1	»Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)
49	4.1.2	»Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)
50	4.1.3	»Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD)
50 – 51	4.1.4	»Kommunistischer Bund« (KB)

51	4.1.5	»Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)
51	4.1.6	»Marxistische Gruppe« (MG)
51 – 53	4.2	Die undogmatische »Neue Linke«
52	4.2.1	»Gewaltfreie Anarchisten«
52 – 53	4.2.2	Autonome Gruppen
53 – 55	4.3	Aktivitäten der »Neuen Linken« in Schleswig-Holstein
53 – 54	4.3.1	»Friedenskampf«
54	4.3.2	Antikernkraftbewegung
54 – 55	4.3.3	»Antifaschismuskampf«
55	4.3.4	Einzelanschläge autonomer Gruppen
55 – 58	5.	Linksextremistischer Terrorismus
56 – 58	5.1	Die »Rote Armee Fraktion« (RAF)
58	5.2	Die »Revolutionären Zellen« (RZ)

B

Seite 59 – 63

B. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

60 – 61

1. Begriff des »Ausländerextremismus«

61 – 63

2. Extremistische Aktivitäten von Ausländern in Schleswig-Holstein

61 – 62

2.1 Türken

62 – 63

2.2 Iraner

63

2.3 Araber

C

Seite 64 – 67

C. Spionageabwehr

65

1. Überblick

65

2. Spionage in Schleswig-Holstein

65 – 67

3. Agentenrekrutierung

67

4. Erfolge der Spionageabwehr

67

5. Hinweise für Reisen in den kommunistischen Machtbereich

**Gesetz
über den Verfassungsschutz im
Land Schleswig-Holstein
in der Fassung vom 14. Juni 1979**

**Abschnitt I
Gesetzliche Grundlagen des
Verfassungsschutzes**

**§ 1
Zuständigkeit**

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen. Verfassungsschutzbehörde ist der Innenminister. Er unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.

(2) Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Innenminister tätig werden.

**§ 2
Aufgaben des Verfassungsschutzes**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde berät die Dienstbehörden bei Entscheidungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes und entsprechenden tarifrechtlichen Regelungen.

**§ 3
Befugnisse und Zusammenarbeit
mit anderen Stellen**

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, ist die Verfassungsschutzbehörde berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendi-

gen Maßnahmen zu treffen und dabei nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde nicht zu. Sie darf einer polizeilichen Behörde oder Dienststelle nicht angegliedert werden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung sie zur Durchführung ihrer Aufgaben für erforderlich hält, von allen Behörden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen.

(3) Alle Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auch unaufgefordert alle Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über Bestrebungen zu vermitteln, welche die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 erfüllen.

(4) Die Gerichte und Behörden des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

(5) Die Verfassungsschutzbehörde kann die ihr zugänglichen personenbezogenen Daten auch an andere als staatliche Stellen weitergeben, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist.

§ 4 Bedienstete

Mit Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde darf nur betraut werden, wer

nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt. Zum Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz darf nur berufen werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzt.

§ 5 Durchführung

Die Landesregierung kann die zur Durchführung dieses Abschnitts erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

Abschnitt II Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes

§ 6

(1) In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landes unterliegt die Landesregierung der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.

(2) Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

§ 7

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzu-

gangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den aufgrund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 8

Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes bleibt unberührt.

§ 9

(1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 10

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontroll-

kommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Sitzungsunterlagen und Protokolle verbleiben im Gewahrsam der Verfassungsschutzbehörde und können nur dort von den Mitgliedern der Kommission eingesehen werden.

(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 verlangen.

Abschnitt III Inkrafttreten

§ 11

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft*).

*) Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in seiner ursprünglichen Fassung vom 30. Mai 1950 (GVBl. Schl.-H. S. 223). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungsvorschriften ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsvorschriften.

Verfassungsschutz durch Aufklärung

Nur wenige Bereiche staatlichen Handelns werden in der Öffentlichkeit mit soviel Skepsis, wenn nicht gar Mißtrauen betrachtet, wie die Arbeit der geheimen Nachrichtendienste. Dies gilt auch für die aufgrund ihres gesetzlichen Auftrags im Inland tätigen Verfassungsschutzbehörden. Eingedenk dessen hat die Ständige Konferenz der Innenminister/-senatoren des Bundes und der Länder im Februar 1974 in das »Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland« folgende Forderung aufgenommen:

»Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf die Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden. Die Unterrichtung der Bürger über verfassungsfeindliche Bestrebungen und ihren ideologischen Hintergrund sollte verstärkt werden.«

Eigenständige, von den Verfassungsschutzbehörden unabhängige Organisationseinheiten sollen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden verdeutlichen. Dies geschieht im wesentlichen durch die Darstel-

lung zweier miteinander eng verbundener Themenkomplexe:

- Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.
- Information über Art und Umfang der verfassungsfeindlichen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.

In Schleswig-Holstein wird diese Aufgabe durch den Innenminister, Referat »Öffentlichkeitsarbeit im Sicherheitsbereich (Verfassungsschutz)«, wahrgenommen. Das Referat bietet Vorträge und Diskussionen über Themen des Verfassungsschutzes und des politischen Extremismus an.

Das Angebot richtet sich an alle Träger der politischen Bildungsarbeit, an Lehrer, Studenten und Schüler, an Einrichtungen der Erwachsenen- und Jugendbildung, an politische Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie an kirchliche Institutionen. Nähere Auskunfterteilt:

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Referat IV 160, Postfach 11 33, 2300 Kiel 1, Tel.: 04 31 / 596 / 26 16

Politischer Extremismus

A

A. Politischer Extremismus

Eine der Hauptaufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes vor politisch-extremistischen Bestrebungen. Diese Grundordnung ist gekennzeichnet durch

- den Ausschluß jeder Gewalt- oder Willkürherrschaft,
- das Prinzip des Rechtsstaats,
- die Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit auf der Basis von Freiheit und Gleichheit.

Die wesentlichen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Verbotsurteilen (»Sozialistische Reichspartei« – SRP – und »Kommunistische Partei Deutschlands« – KPD –) aus den Jahren 1952 und 1956 formuliert:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit der politischen Parteien und
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Politische Bestrebungen von Parteien, sonstigen Vereinigungen oder Einzelpersonen, die auf die Beseitigung dieser Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen, werden im heutigen Sprach-

gebrauch als extremistisch bezeichnet – gleich, ob sie dem »rechten« oder »linken« politischen Spektrum angehören. Dieser der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entnommenen Extremismusdefinition sind die Verfassungsschutzbehörden verpflichtet.

Rechts- und Linksextremismus reichen mit ihren geistesgeschichtlichen Wurzeln zurück in das vorige Jahrhundert, als sich die heutigen europäischen Demokratien zu entwickeln begannen.

Den Rechtsextremismus kennzeichnet ein weitgehend emotionales Verhalten; er artikuliert sich nationalistisch und völkisch, neigt zum Rassismus und insbesondere Antisemitismus. Er hält eine unterschiedliche Wertigkeit der Rassen und Menschen für naturgegeben; »rassische« und »politische Eliten« sind für ihn zur Führung berufen. Ein übersteigerter Nationalstolz ist ebenso charakteristisch wie die mehr oder weniger ausgeprägte Ablehnung der Demokratie als eine artfremde Herrschaftsform; Ordnung steht für ihn grundsätzlich höher als Freiheit.

Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland bietet hinsichtlich seiner Erscheinungsformen und politischen Inhalte nach wie vor kein einheitliches Bild. Die Skala rechtsextremistischer Äußerungen und Verhaltensweisen reicht von subtilen literarisch-wissenschaftlichen Theoriediskussionen, verbaler Aggressivität bis hin zur offenen Gewaltbejahung und -anwendung.

Die rechtsextremistische Gedankenwelt wird von der »Reichsidee« beherrscht; Deutschland als zentralem Land in Europa gebühre eine »angemessene Rolle« in der europäischen Staatengemeinschaft; für

Rechtsextremisten ist daher die gegenwärtige Lage Deutschlands nicht nur unbefriedigend, sondern schmachvoll und ehrlos. Die »Regierenden« sind »Vasallen der Besatzerstaaten«, die »uns aufgezwungene Demokratie ist dem deutschen Wesen fremd«. Vor solchen, den Rechtsextremisten gemeinsamen Grundüberzeugungen besteht zwischen ihnen in folgenden Punkten Übereinstimmung:

- Forderung nach einer totalitären Regierungsform (Führerprinzip),
- Überbewertung des »Volksganzen« unter Zurücksetzung der Interessen des Individuums,
- Vertreten rassistischer Ideen, insbesondere in der Form des Antisemitismus und der Türkenfeindlichkeit,
- Rechtfertigung und Verherrlichung des NS-Regimes unter Leugnen oder Verharmlosen nationalsozialistischer Verbrechen.

Allerdings werden solche und ähnliche Vorstellungen zumeist nicht offen oder nur in abgeschwächter Form vertreten. Lediglich neonazistische Gruppen lassen an ihrer Forderung nach einem am »Führerprinzip« ausgerichteten, totalitären Staat keinerlei Zweifel aufkommen.

Der Linksextremismus sieht seine geistesgeschichtliche Herkunft vor allem im philosophischen Materialismus und aufklärerischen Rationalismus. Die bestehende Gesellschaftsordnung beruht für ihn auf ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen, Ausbeutung und Klassenstrukturen. Er will sie durch einen revolutionären Umsturz beseitigen und durch eine sozialistisch-kommunistische oder eine anarchistische Gesellschaft ersetzen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist auch der Linksextremismus mit ei-

ner Fülle von Erscheinungsformen vertreten. Diese reichen von orthodox-kommunistischen Gruppen, die ihr staatliches und gesellschaftliches Idealbild im »real existierenden Sozialismus« sowjetischer Prägung sehen, bis hin zu den Verfechtern anarchistischer Zielsetzungen. Ihnen gemeinsam ist die Ablehnung der staatlichen und gesellschaftlichen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, wobei sie in ihr teils den monopolkapitalistischen »Ausbeuterstaat«, teils den »vom US-Imperialismus abhängigen Repressionsapparat« – manche von ihnen beides – bekämpfen.

Indes zeigen rechtsextremistische Organisationen und linksextremistische Gruppierungen ideologisch und methodisch in wesentlichen Punkten Übereinstimmung. Beide Richtungen sind durchweg kollektivistisch, antipluralistisch bis totalitär, pflegen Haßideologie und Feindbildkult und sind vielfach gewaltgeneigt bis revolutionär. Dennoch betrachten die Anhänger dieser beiden gegensätzlichen Richtungen einander als natürliche Feinde. Die Zahl der gewalttätigen Zusammenstöße von Rechtsextremisten und Linksextremisten hat sich 1984 erhöht; die Initiative für solche Auseinandersetzungen ging überwiegend von linksextremistischen Gruppierungen, insbesondere von sogenannten antifaschistischen Aktions-einheiten aus.

I. Rechtsextremistische Bestrebungen

1. Situation des Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Deutschland hat mehrere Phasen durchlaufen. Die erste ist durch das Auftreten und das im Oktober 1952 erfolgte Verbot der SRP und durch die 1950 gegründete »Deutsche Reichspartei« (DRP), die sich am 4. Dezember 1965 auflöste, geprägt. In einer zweiten Phase – seit 1964 – erregte die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) durch zum Teil beachtlich hohe Wahlerfolge Aufsehen im In- und Ausland; bei den Bundestagswahlen 1969 erreichte sie 4,3 % der Stimmen. Ihr dann beginnender Niedergang setzte in einer weiteren Phase radikalere Kräfte frei. Andauernde Spaltungen und Neugründungen in der Folgezeit führten zu dem Anwachsen eines sich auf nationalsozialistische Vorbilder berufenden Neonazismus.

Im Jahre 1984 war die Situation des deutschen Rechtsextremismus gekennzeichnet durch

- erfolgreiche Bemühungen der Mitglieder der verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA), ihre politischen Aktivitäten unter dem Deckmantel anderer Organisationen fortzuführen,
- die anhaltende Bereitschaft von Neonazis, ihre politischen Ansichten auch mit Gewalt durchzusetzen,
- ein neues, aus den Ergebnissen der Europawahl 1984 erwachsendes Selbstbewußtsein der NPD.

Größere organisatorische Veränderungen im Rechtsextremismus gab es im vergangenen Jahr nicht; ebenso wenig hat sich die Gesamtanhängerschaft verändert. Nach wie vor werden rechtsextremistische Bestrebungen von

- neonazistischen Gruppierungen,
- nationaldemokratischen Organisationen,

– »national-freiheitlichen« Organisationen getragen.

Mitglieder und Anhänger neonazistischer Organisationen machen aus ihrer Ablehnung der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland keinen Hehl und propagieren mehr oder weniger verdeckt nationalsozialistisches Gedankengut. Kennzeichnend ist überdies ein ausgeprägter Antiamerikanismus, manchmal verbunden mit sowjetfreundlicher Einstellung. In diesem Punkt ergeben sich vielfach Übereinstimmungen mit Linksextremisten, z. B. im deutlich ausgeprägten »Antiimperialismus«. Bei der nach wie vor maßgeblichen neonazistischen Gruppierung, der am 7. Dezember 1983 verbotenen ANS/NA, war zwar nach der Flucht ihres »Führers« Michael KÜHNEN am 19. März 1984 nach Frankreich eine gewisse Stagnation der Aktivitäten der ehemaligen Mitglieder festzustellen. Andererseits gelang es jedoch den bisherigen Funktionären und Anhängern, andere Organisationen, insbesondere die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) und die »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG), zu unterwandern.

Die NPD hielt auch 1984 an ihrem neutralistischen Deutschlandkurs fest; sie tritt weiterhin für eine gesamtdeutsche Konföderation ein. Bei der Europawahl am 17. Juni 1984 erreichte sie mit 0,8 % der in der Bundesrepublik Deutschland abgegebenen gültigen Stimmen ein auch für sie überraschendes Wahlergebnis, das sie in den Genuß der Wahlkampfkostenersatzung brachte. Dadurch wurde sie schlagartig von ihrer Finanzmiserie befreit. Der von ihr aufgrund des

Wahlergebnisses erwartete Mitgliederzuwachs blieb jedoch aus. Nach wie vor stagniert ihr Mitgliederbestand bei rd. 6100 im Bundesgebiet.

Die »national-freiheitlichen« Organisationen – »Deutsche Volksunion« (DVU) und diverse »Aktionsgemeinschaften« des Herausgebers der »Deutschen National-Zeitung«, Dr. Gerhard FREY, München – vertreten als einzige rechtsextremistische Gruppierung eine Westorientierung Deutschlands. Ihr Aufwärtstrend hielt an; gegenüber 1983 stieg die Anhängerzahl im Bundesgebiet um 1000 auf über 12 000.

Fast den gleichen Rang wie die Deutschlandpolitik hat bei den Rechtsextremisten die Ausländerfrage. Während Nationaldemokraten und »National-Freiheitliche« sich begnügen, vor einer »neuen Ausländerflut« bzw. einer »neuen Türken-schwemme« zu warnen und dabei auf die hierdurch auf den deutschen Arbeitsmarkt zukommenden Probleme zu verweisen, schüren Neonazis unverhohlenen Ausländerhaß. Durchweg wird in mehr oder weniger scheinheiliger Weise die Sorge geäußert, daß durch die den Ausländern hier drohende »Zwangsgermanisierung« deren nationale Identität und Kultur bedroht würden, so daß sie nur durch die Rückkehr in die Heimat davor bewahrt werden könnten. Überdies ist für viele Rechtsextremisten ein unmittelbarer Zusammenhang von Ausländerüberflutung und Umweltschutz gegeben. Für sie bedeutet Umweltschutz auch »Reinerhaltung von Volk und Rasse«, also Schutz vor Ausländern.

Neben den genannten rechtsextremistischen Organisationen haben sich in den letzten Jahren im gesamten Bundesgebiet örtliche oder regio-

nale Vereinigungen »zur Ausländerbegrenzung« oder »zur Abwehr von Überfremdung« gebildet, deren rechtsextremistische Wurzel mitunter schwer erkennbar oder nachzuweisen ist. In Schleswig-Holstein zählen dazu die »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung« (KLA) und der »Arbeitskreis Europa der Vaterländer e. V.« (AEV) in Ratzeburg.

Insgesamt stagniert der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin. Er stellt nach wie vor keine Bedrohung der inneren Sicherheit oder gar der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dar. Dieser Einschätzung steht der Stimmenzuwachs der NPD bei der Europawahl am 17. Juni 1984 nicht entgegen, da zahlreiche Wähler diese Partei nur wegen ihrer aggressiven Aussagen zur Ausländerpolitik und ihres Beharrens auf »nationalen« Positionen gewählt haben.

Auch der Anstieg der Anhängerzahlen der »national-freiheitlichen« Organisationen von 11 400 auf 12 400 auf Bundesebene und von 270 auf 300 auf Landesebene ändert hieran nichts, da ein Großteil der »Mitglieder« dieser rechtsextremistischen Organisationen lediglich Bezieher der von Dr. FREY herausgegebenen Zeitungen ist und darüber hinaus keine Aktivitäten entwickelt.

Auf die Aktionsfähigkeit und -bereitschaft der Neonazis hat sich das Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 dämpfend ausgewirkt; dazu hat auch eine ganze Reihe von Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Neonazis beigetragen. Nicht übersehen werden darf jedoch, daß Neonazis, insbesondere frühere Mitglieder der ANS/NA, in Anwendung kommunistischer Taktiken andere Organisationen wie HNG und FAP unterwandert haben.

2. Übersicht in Zahlen

2.1 Organisationen und Mitglieder

1984 hat sich die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen bundesweit von 20 300 auf 22 100 erhöht; dieser Anstieg beruht im wesentlichen auf dem Mitgliederzuwachs bei den »national-freiheitlichen« Organisationen des Dr. FREY sowie bei kleineren, nur regional organisierten Gruppen. Die Zahl der rechtsextremistischen Organisationen hat sich von 68 im Jahre 1983 auf 89 erhöht, wodurch eine weitere Zersplitterung im rechtsextremistischen Bereich belegt wird. Parallel hierzu verlief auch die Entwicklung im neonazistischen Bereich. Hier stieg die Zahl der Organisationen von 16 auf 34 (davon 12 ANS/NA-Nachfolgeorganisationen); die Mitgliederzahl stieg von 1130 auf 1150; die Zahl der durch entsprechende Aktivitäten bekannt gewordenen, aber nicht organisierten Neonazis einschließlich der Anhänger der KÜHNEN-»Bewegung« hat sich von rd. 270 auf 200 verringert.

In Schleswig-Holstein blieb die Zahl rechtsextremistischer Organisationen (10) konstant; auch die Mitgliederzahl erhöhte sich von 630 auf rd. 660 nur geringfügig; einem Mitgliederrückgang bei den neonazistischen Organisationen (von 60 auf 50) und bei den unorganisierten Neonazis (von 30 auf 20) steht ein Anstieg der Mitgliederzahl von 40 auf 50 bei sonstigen Vereinigungen (s. Nrn. 6.2 und 7) und den »national-freiheitlichen« Organisationen von 270 auf 300 gegenüber.

Bei den genannten Mitgliederzahlen wie auch in der nachfolgenden Tabelle ist berücksichtigt, daß zahlreiche Rechtsextremisten Mitglied in mehreren rechtsextremistischen Organisationen sind.

2.2 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

Auch 1984 wurden im Bundesgebiet zahlreiche Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (insgesamt rd. 1100) verübt; die Zahl der darin enthaltenen Gewalttaten, teils mit terroristischer Zielsetzung, ist zurückgegangen (1983: 81, 1984: 74). Sorge bereitet den Sicherheitsbehörden allerdings die Tatsache, daß es unter Rechtsextremisten zahlreiche »Waffenfetischisten« gibt, die die Bestände ihrer Arsenale jederzeit für weitere Gewalttaten verwenden könnten.

Insoweit wird beispielhaft auf folgende Fälle hingewiesen:

- Bei der Durchsuchung der Wohnung eines 19jährigen Neonazis am 15. Januar in Fürstenau/Niedersachsen wurden u. a. 21 Sprenggranaten, 2 Minengeschosse, 17 Bordkanonengeschosse und Stabbrandbomben sowie ein Karabiner mit rd. 200 Schuß Munition gefunden.
- 5 Neonazis im Alter von 16 bis 21 Jahren führten am 4. März in Hamburg-Bergedorf beim Kleben von Plakaten (»Rotfront verrecke«) bei ihrer Festnahme Schreckschusswaffen, Schlagstöcke und einen selbstgebastelten, funktionsfähigen Schußapparat mit sich.
- Bei einem Sprengstoffanschlag auf einen Sexshop am 9. November in Düsseldorf durch unbekannte Täter wurden zwei Personen getötet und 16 zum Teil schwer verletzt. In einem anonymen Bekenneranruf bei einer Tageszeitung wurden weitere Anschläge angekündigt, falls der inhaftierte ehemalige Leiter der neonazistischen »Wehrsportgruppe HOFFMANN« nicht freigelassen würde.

	1982				1983				1984			
	Bund		Land		Bund		Land		Bund		Land	
	Org.	Mitgl.										
Neonazistische Gruppen (BBI, HNG)**	21	1050	1	80	16	1130	1	60	34	1150	1	50*
»Nationaldemokratische« Organisationen (NPD, JN)**	7	6500	2	325	8	6700	2	300	7	6700	2	300*
»Nationalfreiheitliche« Organisationen (DVU, WJ)**	3	10400	3	220	3	11400	3	270	3	12400	3	300*
Sonstige Vereinigungen (BHJ, NDO/GOG)**	43	2800	3	30	41	2600	4	40	45	3200	4	50*
	74	20750	9	655	68	21830	10	670	89	23450	10	700
Abzug für »blockübergreifende« Mehrfachmitgliedschaften		1750		40		1530		40		1350		40
		19000		615		20300		630		22100		660
Unorganisierte Neonazis (einschl. KÜHNEN-Anhänger)		250		15		270		30		200		20
		19250		630		20570		660		22300		680

* Um Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der »Blöcke« von Gruppen, Organisationen bzw. Vereinigungen bereinigte Mitgliederzahl.

** Die Klammerangaben geben jeweils die wesentlichen Organisationen an.

In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen Straftaten mit vermutlich rechtsextremistischer Zielsetzung von 94 im Jahre 1983* auf 112 an. Im einzelnen handelt es sich um

- 79 Fälle der Verwendung von Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen und -Parolen,
- 10 Fälle des Verbreitens von NS-Schriften sowie Tragens von NS-Kennzeichen,

- 23 sonstige Straftaten (z. B. Drohung, Beleidigung und schwere Sachbeschädigung).

Hervorzuheben ist der Einbruch noch unbekannter Täter am 12. April in Henstedt-Ulzburg in die gemeinsame Wohnung eines Türken und seiner

*) Die Vergleichszahl für 1983 wurde gegenüber der im Verfassungsschutzbericht 1983 veröffentlichten Zahl aufgrund nachträglicher Meldungen fortgeschrieben.

deutschen Freundin; die Täter zerstörten Einrichtungsgegenstände und beschmierten Wände, Teppiche und Gardinen u. a. mit Hakenkreuzen und Parolen wie »Ausländer raus«.

3. Neonazismus

Unter Neonazismus - richtiger: Neo-Nationalsozialismus - werden alle politischen Strömungen verstanden, die seit 1945 den Nationalsozialismus - zum Teil auch nur seine revolutionär-sozialistischen Frühformen - wiederbeleben wollen und einen rassistischen, nach dem Führerprinzip ausgerichteten, von einer totalitären Einheitspartei beherrschten Staat anstreben.

3.1 Organisationen

3.1.1 Ehemalige »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten« (ANS/NA)

Anhänger der am 7. Dezember 1983 vom Bundesminister des Innern verbotenen ANS/NA haben 1984 unter anderen Organisationsbezeichnungen ihre Tätigkeit für die von ihnen so bezeichnete »Bewegung« fortgesetzt; die Anhängerschaft der »Bewegung« ist im Bundesgebiet von rd. 270 auf unter 200 Personen zurückgegangen.

Der ehemalige Führer der ANS/NA, Michael KÜHNEN, hatte bereits am Verbotstag vor der Presse erklärt, daß die politische Arbeit »für den Nationalsozialismus« weitergehen werde. Diese Zuversicht übertrug sich zunächst auf seine Anhänger; nachdem jedoch eine Reihe von Exekutivmaßnahmen gegen sie erfolgte, verflog dieser anfängliche Optimismus. Diese Entwicklung verstärkte sich durch die Flucht KÜHNENs ins Ausland am 19. März, durch die er sich einem für den

26. März vom Landgericht Flensburg anberaumten Strafverfahren wegen des Verdachts der Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen entzog. Zu dem genannten Zeitpunkt bestand gegen ihn weder ein Haftbefehl noch eine sonstige Ausschreibung, aufgrund deren er rechtsstaatlich an der Ausreise hätte gehindert werden können. Seine Festnahme und Überstellung an deutsche Behörden am 4. Oktober beendeten seine Aktivitäten in Frankreich, die ihn mit einer Reihe französischer und deutscher Gesinnungsgenossen zusammengeführt hatten.

KÜHNENs politische Visionen - ihm schwebte u. a. eine »europäische nationalsozialistische Revolution« mit dem Ziel eines »großen heiligen nationalsozialistischen Reichs in Europa« vor - hatten während seines »Exils« bei seinen Anhängern an Überzeugungskraft verloren. Manche Anhänger meinten, KÜHNEN hätte sich in Paris »ein schlaues Leben« gemacht. Als Entgegnung hierauf versuchte KÜHNEN in »Briefen aus dem Exil« klarzumachen, daß sein Auslandsaufenthalt nur befristet sei und er nach »Erledigung meiner Aufgabe« Anfang 1985 wieder in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren werde.

Durch die Festnahme und Inhaftierung KÜHNENs konsolidierte sich schließlich die »Bewegung«, die nunmehr in KÜHNEN einen »Martyrer« sieht. Es gelang der Anhängerschaft, Schlüsselfunktionen in der HNG, der derzeit größten neonazistischen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland (s. Nr. 3.1.2), zu übernehmen sowie die bereits seit 1979 bestehende, aber bisher zahlenmäßig und politisch unbedeutende FAP für ihre Ziele einzuspannen. Eine nennens-

werte politische Aktivität ging von der FAP 1984 zwar nicht aus, ANS/NA-Anhänger haben aber in dieser Partei einen neuen organisatorischen Rahmen gefunden. Sie bemühen sich weiter, dort ihre Positionen auszubauen.

In einem Strafverfahren wegen Verbreitens von Propagandamitteln und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vor dem Landgericht Frankfurt in der Zeit vom 14. November 1984 bis 25. Januar 1985 bestritt KÜHNEN, gegen die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland verstoßen zu haben; er habe auf einem »legalen und öffentlichen Weg« für seine Überzeugung Propaganda machen wollen. Dabei bezog er sich auf die Entwicklung nach dem KPD-Verbot 1956, als eine andere, eine maoistische Partei, unter diesem Namen aufgetreten sei. Er, KÜHNEN, trete für einen neuen »Nationalsozialismus« in der »Tradition der SA« und des revolutionären sozialistischen Flügels der NSDAP ein. Das Landgericht Frankfurt verurteilte KÜHNEN am 25. Januar 1985 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten.

In Schleswig-Holstein gab es vor dem Verbot drei »Kameradschaften« (Kiel, Pinneberg und Lübeck) mit rd. 20 Anhängern, von denen allerdings die Hälfte minderjährig war. Die nach dem Verbot der ANS/NA in »Leserkreise« umbenannten »Kameradschaften« traten 1984 kaum noch in Erscheinung.

In Pinneberg gründete der dortige »Leserkreis«-Leiter zu Anfang des Jahres eine »Antikommunistische Vereinigung Pinneberg« (AKV), die sich mit der Schrift »Pinneberger Beobachter« an die Öffentlichkeit wandte. Die Gruppe hatte weniger als 10

Anhänger; einige von ihnen nahmen an Treffen in Hamburg teil, wo KÜHNEN, der zeitweise auch in Pinneberg wohnhaft war, einen aktiveren Anhängerkreis hatte. Versuche KÜHNENS, im Kreis Pinneberg Jugendgruppen zu bilden, scheiterten. Seit Frühjahr 1984 ist die AKV nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Die in »Nationale Widerstandsbewegung Kiel« (NWBK) umbenannte ehemalige »Kameradschaft Kiel« beschränkte sich auf Flugblattverteilungen und Schmieraktionen. Gegen den »Führer« wurden deshalb mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der »Führer« der ehemaligen ANS/NA-»Kameradschaft« in Lübeck und sein Stellvertreter wurden wegen Verbreitens verfassungswidriger Propagandamittel und schwerer Körperverletzung zu Freiheitsstrafen verurteilt; beide hatten im Oktober 1983 zwei amerikanische Studenten mißhandelt.

3.1.2 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG)

Die HNG sieht ihre Aufgabe darin, durch Betreuung »nationaler Gefangener« einen etwaigen Sinneswandel rechtsextremistischer Strafgefangener zu verhindern, um somit die personelle Substanz des Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Sie unterhält enge Beziehungen zu entsprechenden Organisationen in Frankreich, Belgien und den USA. Darüber hinaus ist die HNG ein Kommunikationszentrum für Neonazis und andere Rechtsextremisten.

Nach dem Verbot der ANS/NA am 7. Dezember 1983 fand innerhalb der HNG eine Kräfteverschiebung zugun-

sten ehemaliger ANS/NA-Mitglieder statt. Am 25. Februar wurde die KÜHNEN-Anhängerin Christa GOERTH, Bielefeld, zur neuen Vorsitzenden und ein ehemaliger ANS/NA-Aktivist zum Schriftleiter der »Nachrichten der HNG« bestellt. KÜHNEN forderte seine in der HNG tätigen Anhänger zur Zurückhaltung auf, damit die HNG in der Öffentlichkeit nicht als »Ersatz-ANS« angesehen werden könnte.

Obwohl es in Schleswig-Holstein nur wenige Anhänger der HNG gibt, fand in Garding eine norddeutsche Regionalversammlung mit etwa 40 Teilnehmern statt; dabei wurden Plakate »Freiheit für Rudolf HESS« geklebt und Flugblätter verteilt. Auch anlässlich des 90. Geburtstages des Rudolf HESS (26. April) wurden von HNG-Mitgliedern in Pinneberg rd. 50 dieser Plakate geklebt.

3.1.3 »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI)

Die BBI hat ihre neonazistische Agitation im Berichtsjahr erheblich eingeschränkt. Ihr Leiter, Thies CHRISTOPHERSEN, Mohrkirch, befand sich bis zum 15. August in Straf- und wegen eines anderen Verfahrens in Untersuchungshaft, nachdem er im Herbst 1981 – um sich einer Festnahme zu entziehen – nach Belgien geflohen und am 26. August 1983 an der deutsch-belgischen Grenze bei Aachen festgenommen worden war. Am 14. August wurde CHRISTOPHERSEN wegen Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten mit Bewährung verurteilt.

Wie in den vergangenen Jahren standen auch 1984 in den vier Ausgaben der »Bauernschaft« (Organ der

BBI, Auflage rd. 4000) die »Kriegsschuldflüge« und die »6-Millionen-Legende« im Mittelpunkt.

CHRISTOPHERSENS Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland wird darüber hinaus deutlich in der Äußerung, wir seien

»kein Kulturvolk. Es zerfiel schon nach dem 1. Weltkrieg . . . , kam wieder zu einer kurzen Blüte von 1933 bis 1945 und wurde nun völlig zerstört . . . Wer die Zeit von 1933 bis 1945 miterlebt hat, wird sie in guter Erinnerung behalten.«

(»Die Bauernschaft«, 4/84)

CHRISTOPHERSEN unterhält enge Kontakte zu anderen neonazistischen Organisationen, so z. B. zur HNG sowie zu ausländischen neonazistischen Organisationen. Anzeigen dieser Organisationen in der »Bauernschaft« und sein »Exil« in Belgien belegen dies.

Die BBI finanziert sich durch Spenden und aus dem Verkaufserlös der »Bauernschaft«; die Zahl der Anhänger liegt bundesweit bei rd. 100, in Schleswig-Holstein bei ca. 20.

3.2 Auslandsverbindungen

Ein großer Teil der deutschen Neonazis unterhält recht intensive Kontakte zu neonazistischen Organisationen im westlichen Ausland. Insbesondere bemühte sich Michael KÜHNEN während seines »Exils« in Frankreich um die Pflege solcher Beziehungen; seine Versuche, seine politischen Vorstellungen von einer »europäischen nationalsozialistischen Revolution« voranzutreiben, stießen jedoch auf wenig Resonanz.

Auch die HNG unterhält Verbindungen zu ihrem französischen Pendant »Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression

Antinationaliste« (COBRA) und zu anderen Gruppen, z. B. zur »HNG-Fländern«.

Wie in den Vorjahren nahmen auch an dem im Juni durchgeführten flämischen Volkstumstreffen »Ijzerbedevaart« rd. 300 deutsche Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, teil.

Von den Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein unterhält vor allem Thies CHRISTOPHERSEN (s. Nr. 3.1.3) Beziehungen zu ausländischen neonazistischen Organisationen. In der österreichischen neonazistischen Monatsschrift »SIEG« war auch die Anschrift des Vorsitzenden des Kreisverbandes Segeberg der »Jungen Nationaldemokraten«, Ulrich SCHWETASCH, im Impressum aufgeführt.

Die bereits seit Jahren bestehenden engen Beziehungen zwischen deutschen und dänischen Rechtsextremisten wurden im Februar 1985 erneut dadurch belegt, daß größere Mengen neonazistischen Materials an der deutsch-dänischen Grenze beschlagnahmt wurden; unter dem Material, das in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden sollte, fanden sich auch Nachdrucke von HITLERs »Mein Kampf«.

Ausländische Neonazis versuchen, mit Hilfe deutscher Gesinnungsgenossen in der Bundesrepublik Deutschland für ihre nationalsozialistischen Ziele zu werben. Insbesondere werden Propagandamittel vielfältiger Art in die Bundesrepublik Deutschland verbracht.

Die insoweit aktivste Organisation ist die von Gary Rex LAUCK, Nebraska/USA, geführte »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO) mit Sitz in Lincoln. Das Organ der NSDAP-AO, der »NS-Kampfruf«, zeichnet sich durch einen

aggressiven Antisemitismus und die bedingungslose Verherrlichung HITLERs aus. Diese Schrift und in den USA straffrei hergestellte und konspirativ in die Bundesrepublik Deutschland verbrachte Propagandamittel – überwiegend selbstklebende Zettel in kleinstem Format mit Parolen wie »Wir sind wieder da – NSDAP« und »Kauft nicht bei Juden« – stellen einen zahlenmäßig beträchtlichen Anteil an der neonazistischen Agitation in der Bundesrepublik Deutschland.

Auch der in Kanada lebende deutsche Neonazi Ernst ZÜNDEL sowie der amerikanische Neonazi Georg G. DIETZ haben 1984 ihre Agitation fortgesetzt.

4. Nationaldemokratische Organisationen

4.1 »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

Die NPD bekennt sich in ihrem Parteiprogramm von 1973 zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Veröffentlichungen in der Parteipresse sowie Verlautbarungen von Parteifunktionären und das Verhalten vieler Mitglieder lassen aber die Ernsthaftigkeit dieses Bekenntnisses als zweifelhaft erscheinen, wie sich aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Mai 1983 (Aktenzeichen: 2 WD 11/82) ergibt:

»Die Nationaldemokratie sieht die Volksgemeinschaft als Zweck und Grundlage des von ihr erstrebten Staates an. . . Der einzelne wird nicht wie nach dem als liberalistisch abgelehnten Menschenbild des Grundgesetzes als eigenständiger Wert anerkannt, den um seiner selbst willen zu achten und zu schützen staatliche Aufgabe wäre, er besitzt vielmehr Da-

seinsberechtigung nur als Glied der Gemeinschaft . . .

Die NPD bekämpft die übrigen Parteien in einer Weise, die deutlich darauf abzielt, sie aus dem politischen Leben auszuschalten. Sie macht sich dabei Methoden und Begriffswahl der NSDAP zu eigen. Hinzu kommt der Anspruch, allein die richtige Weltanschauung zu vertreten und die einzige Partei zu sein, die sich der bewußt auf Zerstörung des Volkes gerichteten Politik der ›System‹-, ›Lizenz‹-, oder ›Kartellparteien‹ entgegenstelle . . .

Damit bekämpft sie unmittelbar das Mehrparteienprinzip als eines der Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Ordnung.«

Vergleichbar heißt es in einer Schrift der von der NPD gegründeten »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (»Deutsche Zukunft«, 3/84):

»Das Bonner Parteienkartell hat kein Recht, sich mit dem Staat zu identifizieren . . . Der Tag, an dem die freiheitlich-demokratische Grundordnung verwirklicht wird, bedeutet das Ende des Bonner Systems.«

Unverkennbar war jedoch das zeitweilige Bestreben der NPD, aus der »braunen Ecke« herauszukommen, indem sie sich bemühte, sich von radikaleren politischen Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Partei abzugrenzen. Ihr Bundesparteitag am 3./4. November in München lehnte jedoch mit Mehrheit einen Antrag ab, der eine Abgrenzung gegenüber »radikalen Randgruppen«, wozu auch die neonazistische »Borussenfront« gezählt wurde, gefordert hatte.

Die NPD tritt nach wie vor für eine Konföderation beider deutscher Staaten und eine strikte Neutralität ein. Der Parteivorsitzende Martin Mußnug erklärte, das Ziel der »staatlichen Neuvereinigung« sei das ganze

Deutschland in seinen historischen Grenzen bis zur Memel.

Ein aktuelles, von der NPD auch 1984 herausgestelltes Thema war die Forderung nach einem »Ausländerstopp«; dabei bemühte sie sich, den Anschein einer Ausländerfeindlichkeit zu vermeiden. Sie betonte immer wieder, die Ausländerfeinde seien im Grunde diejenigen politischen Kräfte, die eine »Zwangsgermanisierung« der Fremden forderten und dadurch deren Sprache, Kultur, Volkstum und Religion vernichteten.

Das »deutsche Element« stand für die NPD auch beim Wahlkampf für die Europawahl am 17. Juni 1984 im Mittelpunkt der Agitation. Sie konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1983 (0,2%) auf 0,8% steigern und mit der damit verbundenen Wahlkampfkostenerstattung von 1,8 Millionen DM ihre Finanzlage sanieren. Allerdings spiegelte sich die aufgrund des günstigen Wahlergebnisses vom Parteivorstand behauptete »Aufbruchstimmung« nicht in der Mitgliederentwicklung wider; der Mitgliederbestand stieg gegenüber 1983 lediglich um rd. 100. Der NPD fehlt es nach eigenem Eingeständnis nach wie vor an Nachwuchs.

In Schleswig-Holstein ist die Situation der NPD desolat. Von den 13 Kreisverbänden mit rd. 290 Mitgliedern werden selbst vom Parteivorstand nur noch drei Kreisverbände als aktiv angesehen. Eine Ursache hierfür ist sicherlich, daß mehr als 50 % der schleswig-holsteinischen NPD-Mitglieder älter als 60 Jahre sind. Zum anderen fühlen sich NPD-Mitglieder durch demonstrative, oft gewalttätige Störungen ihrer Veranstaltungen verunsichert. So wurden die neun Teilnehmer einer NPD-Veranstaltung im März in Moorrege/Kreis Pinneberg

von Mitgliedern des »Bundes Westdeutscher Kommunisten« bedroht und fotografiert. Im April wichen die zehn Teilnehmer einer NPD-Veranstaltung in Husum vor 50 Gegendemonstranten in ein anderes Tagungslokal aus. Darüber hinaus werden von »Antifaschisten« in »Dokumentationen« und in als Steckbriefe aufgemachten Flugblättern NPD-Mitglieder, so z. B. auch ein Mitglied des NPD-Landesvorstandes, der Öffentlichkeit »vorgeführt«.

4.2 »Junge Nationaldemokraten« (JN)

In der Jugendorganisation der NPD, der im Bundesgebiet etwa 550 Personen angehören, gab es auch 1984 eine prinzipielle Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Neonazis. Die von dem 1983 gewählten neuen Vorsitzenden Hermann LEHMANN, Uehrde/Niedersachsen, angekündigte »scharfe Abgrenzung« gegenüber »Skinheads, Punkern und anderen gesellschaftlichen Randgruppen« sowie zu »Personen in schwarzer Lederkleidung« hat nicht stattgefunden.

In Schleswig-Holstein existiert nur in Bad Segeberg ein Kreisverband mit rd. 10 Mitgliedern, der sich in seinen Aktivitäten auf die Verteilung von Propagandamaterial sowie die Unterstützung der NPD im Europawahlkampf beschränkte. Der JN-Kreisvorsitzende Ulrich SCHWETASCH unterhielt trotz mehrfacher Abmahnung durch die Mutterpartei Kontakte zu neonazistischen Organisationen. Zum Beispiel wurde er im Impressum der österreichischen neonazistischen Monatszeitschrift »SIEG« als ständiger Mitarbeiter aufgeführt. Darüber hinaus ließ er einen Informationsstand der JN von ehemaligen Mitgliedern der verbote-

nen ANS/NA, darunter deren Kieler »Kameradschafts«-Führer, sichern.

5. »National-freiheitliche« Rechte

Die sich als »national-freiheitliche« Rechte bezeichnende Gruppierung um den Herausgeber der »Deutschen National-Zeitung« (DNZ), Dr. Gerhard FREY, München, ist hinsichtlich ihrer Anhängerzahl und publizistischen Aktivitäten nach wie vor die auffallendste Erscheinung im deutschen Rechtsextremismus. Die Kernorganisation, die DVU, sowie die von Dr. FREY im Laufe der letzten Jahre gegründeten »Aktionsgemeinschaften« – »Aktion deutsche Einheit« (AKON), – »Volksbewegung für Generalamnestie« (VOGA), – »Initiative für Ausländerbegrenzung« (I.f.A.), – »Aktion deutsches Radio und Fernsehen« (ARF), – »Ehrenbund Rudel«, – »Schutzbund für Leben und Umwelt«

konnten ihre Anhängerzahl auch 1984 weiter – auf über 12 000 – steigern. Die Qualität der »Mitgliedschaft« ist jedoch mit der Mitgliedschaft bei anderen Organisationen nicht vergleichbar, da diese sich zu einem hohen Anteil im Abonnieren FREYscher Zeitungen erschöpft. Geworben wird für die »Aktionsgemeinschaften« im wesentlichen in der Weise, daß auf bestimmte, suggestiv formulierte Thesen (»Die Schändung von Soldatenehrenmalen muß härter verfolgt werden«) Zustimmung erheischt wird, so daß die Erklärung der Mitgliedschaft (in diesem Falle zum »Ehrenbund RUDDEL«) dann nur noch eine Formsache ist. Wer Mitglied einer »Aktionsgemeinschaft« wird, ist damit nach der

Satzung der DVU gleichzeitig Mitglied der DVU.

Die politische Zielsetzung der DVU hat sich nicht geändert. Sie hält im Gegensatz zu vielen anderen rechts-extremistischen Organisationen, die außenpolitisch einen neutralen Kurs anstreben, an ihrem betont Nato-freundlichen Konzept fest; ihre Vorstellungen fundieren dabei nach wie vor auf einem ausgeprägten Antikommunismus. Dies fand seinen Ausdruck beispielsweise in Stellungnahmen zu den Vorstellungen der NPD über eine gesamtdeutsche Konföderation und zu ihrer Beteiligung an den »sog. Europawahlen« (DNZ), die nach Auffassung der DVU durch ihre Beschränkung auf den westlichen Teil Europas unsere Landsleute im Osten automatisch ausschließen. Damit, so die DNZ (1. Juni 1984), würde den Sowjets ein Vorwand geliefert, die Staaten des Ostblocks noch stärker an sich zu binden.

Entsprechend seiner bisherigen Übung, jährlich – offensichtlich nicht zuletzt aus kommerziellen Interessen – eine »Aktionsgemeinschaft« ins Leben zu rufen, gründete Dr. FREY im November den »Schutzbund für Leben und Umwelt«, der gegen »Abtreibungsmissbrauch, für einen verstärkten Umweltschutz, den Ausbau des Zivilschutzes sowie für Bürgerschutz vor Kriminalität« eintritt.

Schwerpunkthemen der DNZ und des »Deutschen Anzeigers« (DVU-Organ) waren wie in den Vorjahren die Kriegsschuldfrage, die »Ausländerflut« sowie die – wie Dr. FREY es sieht – »Demaskierung« von Politikern, insbesondere Mitgliedern der SPD und der Gewerkschaften. Im DNZ-Verlag erschien hierzu das Buch »Prominente ohne Maske« mit Biographien von Persönlichkeiten des öf-

fentlichen Lebens. Ein Dauerthema war ferner die Haft des Rudolf HESS, die auch bei den in verschiedenen Städten in der Bundesrepublik Deutschland abgehaltenen Vortragsveranstaltungen des britischen Historikers David IRVING im Mittelpunkt stand. IRVING war im Juni von österreichischen Behörden festgenommen und in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben worden.

In Schleswig-Holstein gehören etwa 290 Personen der DVU und den von ihr gegründeten »Aktionsgemeinschaften« an. An drei Veranstaltungen mit IRVING (zwei in Kiel und eine in Flensburg) nahmen zwischen 50 und 180 Personen teil. Zusammenstöße mit Gegendemonstranten wurden durch die Polizei verhindert.

6. Rechtsextremistische Jugendorganisationen

6.1 »Wiking-Jugend« (WJ)

Die 1952 in Wilhelmshaven auf Initiative eines Funktionärs der verbotenen SRP gegründete und nach dem Führerprinzip geleitete Organisation, die bislang der »national-freiheitlichen« Rechten zugeordnet wurde, hat 1984 eine deutliche Hinwendung zu neonazistischen Organisationen, insbesondere zur »KÜHNEN-Bewegung«, vollzogen. Sie ist mit ihren rd. 400 Mitgliedern die größte parteiungebundene rechtsextremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sieht sich in der Tradition der »HITLER-Jugend«, die sie als »größte einheitliche, von einem ungeheuren Idealismus getragene Jugendbewegung aller Zeiten« feiert. In ihren Reihen befinden sich zwei vom Oberlandesgericht Celle wegen Beteiligung an einer terroristischen bzw.

kriminellen Vereinigung zu neun bzw. sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Personen. Nach der Haftentlassung dieser beiden Mitglieder (1983 und 1984) lebten in Schleswig-Holstein die Aktivitäten der Organisation, die hier etwa 15 Mitglieder, davon die Hälfte minderjährig, umfaßt, wieder auf. Mehrere Angehörige nahmen an überregionalen Zeltlagern, so an dem Sommerlager bei Herleshausen vom 19. Juli bis 4. August, teil. Dabei wurden unter Ausnutzung von Pfadfinder- und Lagerfeuerromantik die Teilnehmer auf rechtsextremistisches Gedankengut eingeschworen. Nach den tätlichen Auseinandersetzungen bei einer Kranzniederlegung am Volkstrauertag in Geesthacht (s. Nr. II 4.3.3) näherte sich die WJ der KÜHNEN-»Bewegung« an; so fungierten auf Bitten der WJ Anhänger der verbotenen ANS/NA bei einer von der WJ am 31. Dezember im Raum Fulda veranstalteten Kundgebung als Schutzmannschaft gegen den »roten Terror«.

6.2 »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ)

Die 1954 gegründete Jugendorganisation mit bundesweit etwa 100 Mitgliedern ist in Leitstellen, Standorte und Stützpunkte gegliedert; seit Frühjahr 1983 ist der in Kiel wohnende Michael WILL »Erster Bundesführer«. Kiel ist daher nach wie vor einer der Schwerpunkte des BHJ; die Kieler »Rathausbuchhandlung GmbH« ist organisatorisch eng mit ihm verbunden. Neben der viermal jährlich erscheinenden BHJ-Zeitung »Na klar«, die von Neutralismusvorstellungen und Antiamerikanismus geprägt ist, erschien 1984 zweimal die Schülerzeitung »Lisbeth«, die von einem Kieler

Mitglied herausgegeben wird. In der Ausgabe vom August hieß es lakonisch:

»Wer Amerika zum Freund hat, braucht keine Feinde mehr.«

Im übrigen warben auch andere rechtsextremistische Organisationen in dieser Schrift für ihre Ziele.

Traditionsgemäß gestalteten auch 1984 Mitglieder des BHJ den »Tag der Jugend« bei den von der rechtsextremistischen »Deutschen Kulturgemeinschaft« veranstalteten »Norddeutschen Kulturtagen« in Lüneburg vom 27. bis 29. April. Als Organisation trat der BHJ in Schleswig-Holstein unter seinem Namen nicht in Erscheinung.

7. Sonstige Organisationen

Im rechtsextremistischen Spektrum gibt es eine Reihe von weiteren Klein- und Kleinstgruppen, zum Teil völkisch-weltanschaulichen Charakters, deren Anhänger oft Mitglied in anderen rechtsextremistischen Organisationen sind oder Verbindungen zu anderen derartigen Organisationen unterhalten.

Hierzu zählt der »Nordische Ring e. V.« (Sitz: Bredstedt), der im September aus Anlaß der »1975. Wiederkehr der Schlacht im Teutoburger Wald« eine Veranstaltung in Horn bei Detmold durchführte, an der auch andere Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland teilnahmen. Teile des Programms wurden von der »Wiking-Jugend« gestaltet (»Nordische Zukunft« 3/4/84). Der Schriftleiter der Zeitschrift des »Nordischen Rings e. V.« ist zugleich Vorsitzender der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV) (Sitz: Ellerau/Kreis Pinneberg), die in ihren Publikationen

sozialdarwinistische Auffassungen vertritt. So wird der modernen Medizin vorgeworfen, sie erhalte durch ihren technischen Hochstand künstlich auch Schwaches:

»Wenn Schwaches nicht mehr ausgemerzt, sondern gepflegt und erhalten wird, wenn keine Auslese mehr herrscht, dann verkümmern Individuen und Arten allmählich ...«

(»Neue Anthropologie«, Heft 1/1984)

Im »Informationsblatt« 3 der GfbAEV wird gefordert,

»dem Erbkranken ... zur Auflage zu machen, sein Leiden nicht an Nachkommen weiterzugeben. Bei Erbkranken ist vor Austragung einer Schwangerschaft eine Fruchtwasserpunktion durchzuführen, damit ein geschädigter Embryo abgetrieben werden kann«.

In Schleswig-Holstein richtete die Gesellschaft 1984 einen »Anthropologischen Arbeitskreis Kiel/Schleswig« ein, der öffentliche Vortragsveranstaltungen abhielt.

Die 1969 gegründete »Notverwaltung des Deutschen Ostens/Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter« (NDO/GOG) sieht die »Gefahr der Überfremdung unseres Volkes« und will den »Selbsterhaltungswillen der Volksseele« stärken (»Anzeiger« 16/84). In ihren Schriften dominieren die Themen »Kriegsschuld« und »Greuelpropaganda der Siegermächte«, wobei jegliche Kriegsschuld Deutschlands bestritten wird. Erklärtes Ziel ist die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 1. September 1939. Die NDO/GOG forderte ihre Anhänger auf, in Schreiben an polnische Behörden und Einzelpersonen auf das Recht der Ostdeutschen auf ihren dort gele-

genen Landbesitz hinzuweisen und eine entschädigungslose Wiederinbesitznahme durch den deutschen Eigentümer anzudrohen.

1983 spaltete sich die NDO/GOG; neben der »Kieler Gruppe« – mit bundesweit 50 Anhängern – gibt es eine weitere in Hessen. Die »Kieler Gruppe« veranstaltete in mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland Vortragsveranstaltungen, an denen jeweils bis zu 40 – überwiegend ältere – Personen teilnahmen. Zu anderen rechtsextremistischen Organisationen bestehen Verbindungen; so war der Segeberger Kreisvorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten«, Ulrich SCHWETASCH, Tagungsleiter einer Versammlung der NDO/GOG im Februar in Bad Segeberg.

II. Linksextremistische Bestrebungen

1. Situation des Linksextremismus

Die Linksextremisten aller Schattierungen setzten 1984 ihre Bemühungen fort, durch Aktionen, Agitation und Propaganda die »Massen« für ihre politischen Ziele zu interessieren und zu gewinnen. Spektakulär traten mit zahlreichen Gewalttaten – insbesondere Sprengstoff- und Brandanschlägen – die »Rote Armee Fraktion« (RAF) mit ihrem Umfeld, die »Revolutionären Zellen« (RZ) sowie gewalttätige autonome Gruppen in Erscheinung. Die weitaus überwiegende Zahl der Linksextremisten beschränkte sich jedoch auf das »Vermittelbare«. Sie verzichteten weitgehend auf die Verkündung klassenkämpferischer und revolutionärer Parolen, sondern griffen statt dessen aktuelle politische Themen auf.

Ein Hauptanliegen der linksextremistischen Bestrebungen war auch 1984 der »Friedenskampf«. Orthodoxe Kommunisten und Gruppen der »Neuen Linken« wirkten auch in diesem Jahr unvermindert in der Friedensbewegung mit. Beide Richtungen gingen dabei von unterschiedlichen Ziel- und Aktionsvorstellungen aus.

Orthodoxe Kommunisten (»Deutsche Kommunistische Partei« [DKP] mit den Nebenorganisationen »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« [SDAJ], »Marxistischer Studentenbund Spartakus« [MSB] und »Junge Pioniere« [JP] sowie die beeinflussten Organisationen wie die »Deutsche Friedens-Union« [DFU] und die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten«

[VNN-BdA]) waren bei ihrem »Friedenskampf« nach wie vor darum bemüht, »die Stärkung der Einheit der Friedensbewegung« zu sichern – u. a. durch die »weitere Zusammenführung von Arbeiter- und Friedensbewegung«. Während der demokratische Teil der Friedensbewegung sich sowohl gegen die Stationierung amerikanischer als auch sowjetischer Atomraketen wandte und eine allgemeine Abrüstung forderte, setzten sich orthodoxe Kommunisten ausschließlich dafür ein, die Stationierung amerikanischer Atomraketen zu stoppen und rückgängig zu machen. Dabei unterstützten und förderten sie im Berichtsjahr in der Friedensbewegung solche Aktionsformen, die nach ihrer Ansicht der Bevölkerung vermittelbar waren und dem »Massencharakter des Friedenskampfes« entsprachen, wie Großdemonstrationen und Kundgebungen. Hiermit strebten sie »politischen Druck« auf die Bundesregierung an.

Demgegenüber versuchten die Gruppierungen der »Neuen Linken« seit dem Beginn der Raketenstationierung (Dezember 1983), die Friedensbewegung von einer »Antiraketenbewegung« in eine umfassendere »Antikriegs- bzw. Anti-Nato-Bewegung« umzuorientieren. Die »Hochrüstung der beiden Blöcke«, die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Nato sowie die neue US-Militärstrategie »Air-Land-Battle« waren daher ihre Agitations- und Aktionsschwerpunkte. Entsprechend ihrem auf gewaltsame Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichteten Konzept traten große Teile der »Neuen Linken« für »dezentrale«, »direkte« Widerstandsformen ein, die auf ein »Eingreifen in den militärischen Apparat«

abzielten, wie z. B. Blockaden und sonstige Behinderungsaktionen.

Zu einem weiteren Agitations-
schwerpunktlinksextremistischer Be-
strebungen hat sich im Berichtsjahr
der »antifaschistische Kampf« ent-
wickelt. Im »Faschismus« hat die marx-
istisch-leninistische Linke schon immer
ihren Hauptgegner gesehen. Nachdem
jedoch die »Antifaschismusarbeit«
in den letzten Jahren durch andere
Aktionsschwerpunkte – wie etwa die
Antinachrüstungskampagne, die
Antiatomkraftwerksbewegung oder
den Häuserkampf – überdeckt worden
war, erlebte sie 1984 eine Renaissance.
Maßgebend hierfür ist, daß viele
Linksextremisten in der »Rechtswende«
seit der letzten Bundestagswahl ein
Wiedererstarken des »Faschismus«
erblicken. Im übrigen sehen
Linksextremisten, insbesondere die
orthodoxen Kommunisten, in diesem
Thema eine weitere Chance für ihre
Bündnispolitik, indem sie sich un-
auffällig in eine Reihe mit Demokra-
ten stellen.

Unter dem Signum »Antifaschismus-
kampf« wenden sich Linksextremisten
propagandistisch und in Aktionen
gegen alle tatsächlichen und vermeint-
lichen rechtsextremistischen Bestre-
bungen, wobei der Faschismusbegriff
inflationiert als Sammelbegriff zur
Kennzeichnung jeder »rechten«
Politik auf dem Gebiet der inneren
Sicherheit verwandt wird.

Die linksextremistische »Antifaschis-
muskampagne« ist nicht homogen.
Nach Zielen und Aktionsformen lassen
sich im wesentlichen – ähnlich wie
innerhalb der Friedensbewegung – zwei
Richtungen unterscheiden: ein »tra-
ditioneller Antifaschismus«, ge-
tragen von den Anhängern des ortho-
dox-kommunistischen Lagers, und ein
diffuser »autonomer Antifaschis-

mus«, der von den Gruppierungen
der »Neuen Linken« bis hin zum Per-
sonenkreis des terroristischen Umfel-
des vertreten wird.

Die führende Kraft der »traditionel-
len Antifaschisten« ist die DKP ge-
meinsam mit der von ihr beeinflussten
VVN-BdA. Mit ihrem »Antifaschismus-
kampf« verfolgen die orthodoxen
Kommunisten im wesentlichen zwei
Ziele: Sie wollen breite Bündnisse
»gegen Rechts« schaffen und so bei
Demokraten die Hemmschwelle ge-
genüber einer Zusammenarbeit mit
Kommunisten überhaupt abbauen.
Gleichzeitig soll das antitotalitäre De-
mokratieverständnis des Grundgesetz-
es auf dessen »antifaschistischen
Gehalt« reduziert werden. Die DKP
beschloß hierzu auf ihrem 7. Parteitag
vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürn-
berg:

*»Die DKP und ihre Mitglieder sind
aktiver Teil der antifaschistischen Or-
ganisationen und Bewegungen. Sie
stehen in der Tradition der Kommuni-
sten und Antifaschisten, die am kon-
sequentesten gegen den HITLER-Fa-
schismus gekämpft und die größten
Opfer an Freiheit, Gesundheit und Le-
ben gebracht haben. Sie arbeiten soli-
darisch mit anderen demokratischen
Kräften zusammen . . .*

*Wir appellieren an alle Mitglieder
und Freunde der DKP . . ., die Bildung
breiter demokratischer Bündnisse zur
Durchsetzung des antifaschistischen
Verfassungsanspruchs des Grundge-
setzes zu unterstützen.«*

*(Protokoll des 7. Parteitages der
DKP, S. 535)*

Die Gleichsetzung des Begriffs »an-
tifaschistisch« mit dem Begriff »de-
mokratisch« ermöglicht es den An-
hängern der DKP, sich als die »kon-
sequentesten Antifaschisten« und die
»entschiedensten Demokraten« zu

präsentieren. »Antisowjetismus« und »Antikommunismus« werden als »faschistisch« gebrandmarkt.

Die »autonomen Antifaschisten« verfügen über kein einheitliches Konzept. Einig sind sie sich in der Forderung nach militantem Widerstand gegen »Neofaschisten« und im Verständnis ihrer Aufgabe als aktuellem Kampf gegen einen »latenten Faschismus der Gesellschaft« und die »bürgerliche Herrschaft schlecht hin«; sie fordern einen »selbstbestimmten antifaschistischen Widerstand«. In der Schrift »einiger autonomer Gruppen« heißt es:

»Antifaschismus bedeutet für uns, einen permanenten Kampf gegen jegliche Form von Faschismus zu führen. Es kann nicht das Ziel eines Antifaschisten sein, daß dieser Staat aus einer Konfrontation zwischen Linken und Rechten als ›demokratisch gestärkter Staat‹ hervorgeht. Vielmehr sollte die Konfrontation auch dem Staat den demokratischen Deckmantel herunterreißen!«

(Flugschrift: »Die Neonazis machen mobil – Der Staat zieht die Fäden und profitiert davon!«)

Trotz vielfältiger Übereinstimmungen im »Antifaschismuskampf« kam es zwischen den beiden Flügeln nur selten zu gemeinsamen Aktionen, da »traditionelle Antifaschisten« ausschließlich auf massenwirksame, demonstrative Aktionen setzen, während »autonome Antifaschisten« die »Ausgrenzung von Chaoten und Krawallanten« ablehnen.

Im Berichtsjahr richteten sich »antifaschistische Gegenaktionen« gegen Parteitage der NPD, Veranstaltungen anderer Rechtsextremisten, Treffen von Waffen-SS-Traditionsverbänden und insbesondere das öffentliche Auftreten von neonazistischen Gruppen.

Erstmals wurde der Volkstrauertag als solcher wegen seiner »faschistischen Tradition« zum Agitationsgegenstand gemacht.

Seit kurzem bemühen sich jedoch Teile der linksextremistischen Organisationen um eine differenziertere Interpretation des Begriffs »Faschismus«. So setzte sich die der DFU und der VVN-BdA nahestehende »Deutsche Volkszeitung/die tat« (Nr. 4 vom 25. Jan. 1985) in einem Artikel sachlich mit dem Problemkreis »Rechtsextremismus und Jugend« auseinander. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß viele Jugendliche, die sich äußerlich mit nazistischen Emblemen »schmücken«, lediglich ihre Umwelt provozieren wollen, ohne tatsächlich »Faschisten« zu sein. Auch in der anarchistischen Vierteljahresschrift »Schwarzer Faden« (Nr. 15/84) heißt es:

»Die moralische Ausgrenzung der als ›Faschisten‹ Titulierten erübrigt jede Diskussion . . . Alleinschon eine kritische Auseinandersetzung mit den mit dem Kainsmal ›Faschist‹, Neonazi u. ä. gekennzeichneten Individuen, Gruppen wird zum Verdikt. Der sich so gebärdende, Kainsmale nach seinem Gusto verabreichende ›Antifaschismus‹ rückt in peinliche Nähe faschistischen Denkens und Handelns . . . Dieser meist linksgewirkte Antifaschismus wird zu einer Art rotbrauner antifaschistischer Faschismus«.

Der »antiimperialistische Kampf« sowohl gegen die Bundesrepublik Deutschland als auch gegen die Nato-Verbündeten, insbesondere die USA, wurde auch von der RAF und ihrem Umfeld fortgeführt. Der mißlungene Sprengstoffanschlag auf die Nato-Schule in Oberammergau am 18. Dezember, der Mord an Dr. Ernst ZIMMERMANN am 1. Februar 1985 sowie

die Unterstützung des im Dezember 1984 begonnenen Hungerstreiks der rd. 30 »Gefangenen der RAF« durch zahlreiche Sprengstoff- und Brandanschläge seitens des RAF-Umfeldes belegen dies. Auch die RZ und gewalttätige autonome Gruppen setzten mit zahlreichen Sprengstoff- und Brandanschlägen gegen Einrichtungen der Energiewirtschaft, Rechenzentren und militärische Anlagen ihren »Widerstand gegen den Überwachungs- und Atomstaat« fort.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die linksextremistischen Bestrebungen auch 1984 die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates nicht ernsthaft haben bedrohen oder gar in Frage stellen können; es darf jedoch nicht verkannt werden, daß nach wie vor von den gewalttätigen Gruppierungen des Linksextremismus eine ernstzunehmende Bedrohung der inneren Sicherheit unseres Staates ausgeht.

Dem politischen Linksextremismus ist es weder mit seinen Agitations-schwerpunkten noch mit seinen sonstigen politischen Aktivitäten gelungen, in der Bevölkerung die erhoffte Resonanz zu finden.

Die DKP als die stärkste organisierte Kraft des Linksextremismus hat erkennen müssen, daß ihre Bemühungen, die Friedensbewegung »unter Kontrolle« zu bekommen, gescheitert sind. Sie hat sich gegenüber den im »Kordinierungsausschuß der Friedensbewegung« mitwirkenden demokratischen Kräften nicht durchsetzen und den Ausschuß nicht zum durchführenden Organ ihrer politischen Vorstellungen machen können. Sie versucht nunmehr, durch das Wiederaufgreifen der »Antifaschismusarbeit« neue Aktionseinheiten zur

Ausweitung ihrer Einflußsphäre zu initiieren.

Die der »Neuen Linken« zuzurechnenden Gruppierungen sind nach wie vor politisch bedeutungslos. Der KBW hat sich endgültig aufgelöst. Die in Teilbereichen des politischen Linksextremismus erkennbare, resignative Haltung rechtfertigt jedoch nicht die Annahme, daß insgesamt mit einem Abnehmen linksextremistischer Bestrebungen zu rechnen ist.

Die Aktivitäten des gewalttätigen, insbesondere terroristischen Potentials des Linksextremismus haben vor allem gegen Ende des Jahres zu einer erheblichen Verschärfung der Sicherheitslage geführt. Hierzu trugen vor allem Mord-, Sprengstoff- und Brandanschläge der RAF und ihres Umfeldes bei. Zahlreiche, in Ausführung und Zielrichtung gleichartige Sprengstoff- und Brandanschläge sowohl durch »Revolutionäre Zellen« und militante »Autonome« zeigten eine weitere Annäherung dieser beiden Richtungen auf, wobei durch die bewußte Schonung von Menschenleben ein ideologischer, qualitativer Unterschied zur RAF erhalten blieb.

2. Übersicht in Zahlen

2.1 Organisationen und Mitglieder

Im Lager des orthodoxen Kommunismus gab es 1984 neben den Kernorganisationen DKP und »Sozialistische Einheitspartei Westberlin« (SEW) 13 Nebenorganisationen. Die Kernorganisationen hatten auf Bundesebene weiterhin rd. 44 500 Mitglieder, wovon rd. 40 000 auf die DKP und rd. 4500 auf die SEW entfielen. Die Nebenorganisationen konnten einen leichten Anstieg auf insgesamt 28 000

	Organi- sationen	Mitglieder/Anhänger											
		1982				1983				1984			
		Bund		Land		Bund		Land		Bund		Land	
ORTHODOXE KOMMUNISTEN													
Kernorganisationen	DKP SEW ¹⁾	40000 4500 44500		900		40000 4500 44500		950		40000 4500 44500		1000	
Nebenorganisationen		27000		1000		27600		1100		28000		1050	
davon	MSB	6000		80		6000		80		6000		80	
	SDAJ	15000		600		15000		700		15000		700	
	Jg. Pioniere	3500		300		4500		300		4000		250	
beeinflusste Organisationen													
davon	VVN-BdA		70000		450		70000		520		71000		550
	DFU		13000		200		13000		300		13000		350
	DFG-VK ²⁾		1500		130		1000		100		1000		70
			22000		100 ³⁾		21500		100 ³⁾		18500		100 ³⁾
DOGMATISCHE »NEUE LINKE«													
Kernorganisationen		3900		240		3400		200		3100		180	
Nebenorganisationen		1100		120		1100		70		900		30 ⁴⁾	
beeinflusste Organisationen			4300		150		4500		150		2700		170
UNDOGMATISCHE »NEUE LINKE«		3700		300 ³⁾		4900		350 ³⁾		5100		300 ³⁾	
Summe		80200	74300	2560	600	81500	74500	2670	670	81600	73700	2560	720
Nach Abzug von Mehrfachmit- gliedschaften und Kinder- organisationen		60150	55700	2060	350	61000	56000	2150	380	61200	55300	2060	410

¹⁾ »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW)

²⁾ Die DFG-VK ist die mitgliederstärkste unter den kommunistisch beeinflussten Organisationen mit dem geringsten Anteil an Kommunisten

³⁾ Geschätzte Mitgliederzahl

⁴⁾ Geschätzte Mitgliederzahl in verschiedenen Jugend- und Hochschulorganisationen der »Neuen Linken«

Mitglieder (1983: 27 600) verzeichnen, davon gehörten 25 000 der SDAJ, dem MSB und den JP an. Die Mitgliederzahl der 50 von der DKP beeinflussten Organisationen blieb mit rd. 71 000 nahezu konstant. Ein nicht geringer Teil der Mitglieder gehört allerdings mehreren Organisationen an; dies ist in der nachfolgenden Tabelle durch Abzug von Mehrfachmitgliedschaften berücksichtigt. In Schleswig-Holstein blieb die Mitgliederzahl der orthodox-kommunistischen Kern- und Nebenorganisationen nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften mit 1700 konstant; die Mitgliederzahl der beeinflussten Organisationen stieg von 520 auf 550 Mitglieder.

Im Bereich der dogmatischen »Neuen Linken« gab es 1984 im Bundesgebiet 19 Kernorganisationen mit rd. 3100 (1983: 3400) Mitgliedern und 12 Nebenorganisationen mit rd. 900 (1983: 1100) Mitgliedern. In Schleswig-Holstein sank die Mitgliederzahl der 5 dogmatischen Kernorganisationen auf rd. 180 Mitglieder (1983: 200); ihre Nebenorganisationen – im wesentlichen im Jugend- und Hochschulbereich – umfassen zusammen rd. 30 Mitglieder. Die bisher als Nebenorganisation der »Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD) eingestufte »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« (RGO) mit rd. 50 Mitgliedern (1983: 70) kann wegen ihrer weitgehenden organisatorischen und personellen Trennung von der KPD nur noch als beeinflusste Organisation gewertet werden. Als weitere beeinflusste Organisation aus dem Bereich der dogmatischen »Neuen Linken« ist die »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« (»Volksfront«) mit rd. 120 Mitgliedern (1983: 150) zu nennen.

Eine auch nur einigermaßen zutreffende Schätzung der Anhängerzahl der Gruppen der undogmatischen »Neuen Linken« ist wegen der Vielzahl und Instabilität dieser Gruppen nicht möglich. Die Anhängerzahlen der organisatorisch gefestigten, überregional tätigen Gruppen stieg 1984 von 4900 auf 5100.

In Schleswig-Holstein sank das personelle Potential dieser extremistischen Richtung von 350 auf 300.

2.2 Linksextremistisch motivierte Straftaten

Die Zahl der Straftaten mit links-extremistischem Hintergrund ist 1984 mit 1523 gegenüber dem Vorjahr mit 1704 leicht zurückgegangen. Diese fallende Tendenz zeigte sich auch an der Zahl der Sprengstoff- und Brandanschläge, die von 55 auf 47 bzw. von 304 auf 172 gesunken ist.

In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der gewalttätigen Anschläge gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Es kam zu insgesamt 12 Anschlägen (1983: 11), davon 4 Sprengstoffanschläge (1983: 2) und 8 Brandanschläge (1983: 9).

3. Orthodoxer Kommunismus

3.1 Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) – Entwicklung und Ideologie

Mit rd. 40 000 Mitgliedern ist die DKP nicht nur die stärkste, sondern auch die bestorganisierte und finanzkräftigste extremistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bekennt sich nach wie vor zum Kommunismus sowjetischer Prägung (orthodoxer Kommunismus) und erkennt den Führungsanspruch

der großen »Bruderpartei«, der »Kommunistischen Partei der Sowjetunion« (KPdSU), an:

»Die DKP sieht – getreu dem Vermächtnis Ernst THÄLMANNs – die Haltung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung.«

(Programm der DKP, 1. Aufl. 1978, S. 88)

Vorgängerin der DKP war die »Kommunistische Partei Deutschlands« (KPD), die als erste politische Partei nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« im Mai 1945 ihre Arbeit im Nachkriegsdeutschland wiederaufnahm. Der KPD standen damals auch die westlichen Alliierten positiv gegenüber; so konnte sie auch in den drei Westzonen, dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland, tätig werden.

In den Jahren 1945 bis 1948 versuchte die KPD auf vielfältige Weise, ähnlich wie in der sowjetisch besetzten Zone, durch »Verschmelzung« die »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« in sich aufzunehmen; dieser Versuch scheiterte jedoch endgültig im Januar 1949. Von da ab setzte sie sich nur noch für die Interessen der Sowjetunion ein. Bei der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag im August 1949 erlangte sie 15 Mandate; doch schon bei der folgenden Bundestagswahl 1953 schied die KPD aus dem Bundestag wieder aus. Die aktive und kämpferische Verfolgung verfassungsfeindlicher Ziele führte zum Verbot der KPD durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956. Zahlreiche Mitglieder der KPD arbeiteten im Untergrund weiter. Sie forderten immer wieder die »Wiederzulassung« ihrer Partei, wofür sie noch im März 1967 den »Initiativaus-

schuß für die Wiederzulassung der KPD« gründeten.

Nachdem im Juli 1968 der Bundesjustizminister früheren Funktionären der verbotenen KPD gegenüber klar gestellt hatte, daß nur die Gründung einer neuen kommunistischen Partei unter Berücksichtigung der im KPD-Verbotsurteil enthaltenen Grundsätze rechtlich zulässig sei, wurde am 26. September 1968 auf einer Pressekonferenz in Frankfurt durch eine »Erklärung zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei« die Gründung der »Deutschen Kommunistischen Partei« bekanntgegeben. Die neue Partei konnte sich organisatorisch sehr schnell ausdehnen, weil sie sich weitgehend auf den Mitgliederstamm der verbotenen KPD stützen konnte. Allerdings sind der Apparat und der Mitgliederstamm der illegalen KPD nur teilweise in die DKP übernommen worden; andernfalls hätte sich die DKP zu offensichtlich als Ersatzorganisation der verbotenen KPD präsentiert.

Die DKP ist nach wie vor verfassungsfeindlich. Sie lehnt die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundprinzipien einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie ab (Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Okt. 1981, NJW 1982, S. 779 (781); zu den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichts siehe Teil A S. 7). Dies ergibt sich aus ihren eigenen Äußerungen, vor allem aus ihrem Parteiprogramm vom 22. Oktober 1978. Einmal beruft sie sich, wie ausgeführt, auf die KPdSU. Zum anderen übernimmt sie auch inhaltlich wesentliche Forderungen der als verfassungswidrig verbotenen KPD. Zwar verwendet sie nicht mehr, wie die KPD, die Begriffe »sozialistische Revolution« und »Diktatur des Prole-

tariats«, die das Bundesverfassungsgericht 1956 veranlaßten, die KPD als Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bezeichnen (BVerfGE 5, S. 85 [195]): Statt dessen setzt die DKP an die Stelle dieser Begriffe die Wörter »sozialistische Umwälzung« bzw. »Herrschaft« oder »Macht der Arbeiterklasse«. Der Sache nach hat sie aber, wie die Verwendung dieser Begriffe und das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus zeigen, die politischen Zielsetzungen der KPD übernommen. Die DKP versteht sich als Teil der von der Sowjetunion geführten kommunistischen Weltbewegung, deren Ziel die weltweite Beseitigung des Kapitalismus ist. Nach kommunistischer Auffassung benötigt hierfür jedes Land und jedes Volk eine kommunistische Partei, die die Arbeiterklasse im Sinne der russischen Oktoberrevolution von 1917 zum Sieg führt.

Die dogmatische Festlegung und totale Übereinstimmung mit Zielen und Methoden der KPdSU ist zugleich Stärke und Schwäche der DKP. Auf der einen Seite kann sie sich darauf berufen, daß die KPdSU innerhalb der letzten 70 Jahre dort – mit welchen Mitteln auch immer – eine in sich gefestigte »sozialistische Gesellschaft« geschaffen und die Sowjetunion zur Weltmacht geführt hat; der Glaube an die Unbesiegbarkeit der Sowjetunion als »Vaterland der Werktätigen« stärkt immer wieder ihr Selbst- und Sendungsbewußtsein.

Auf der anderen Seite macht gerade die bedingungslose Übernahme der Ideologie und Politik der Sowjetunion die DKP bei der Mehrheit der Bevölkerung suspekt, da sie unfähig ist, auf aktuelle innen- oder außenpolitische Ereignisse spontan zu reagieren und sich letztlich doch immer nur

als Sprachrohr der sowjetischen Politik zeigt. Nicht nur deshalb erhielt die DKP bei allen Bundes- und Landtagswahlen regelmäßig nicht einmal 1% der Stimmen. Lediglich auf der Ebene der Kommunalwahlen konnte sie vereinzelt Erfolge verbuchen, so z. B. in Schleswig-Holstein in Barmstedt, wo sie bei der Kommunalwahl 1978 zwei Mandate erringen und bis heute halten konnte.

Die DKP und ihre Gefährlichkeit dürfen jedoch nicht ausschließlich nach ihren Erfolgen bei Wahlen beurteilt werden. Sie selbst sieht einen wesentlichen Teil ihrer politischen Aufgabe darin, mittels ihrer Bündnispolitik, insbesondere der von ihr immer wieder propagierten »Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten«, die »Aktionseinheit der Arbeiterklasse« herbeizuführen:

»Das Kernstück der Aktionseinheit ist dabei das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten. Denn sie stellen die beiden Grundströmungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik dar. Ohne ihr Zusammenwirken können darum keine grundlegenden Fragen unseres Landes im Interesse der Arbeiterklasse gelöst werden.«

(»DKP-Bildungsjahr« 1983/84, Heft 4. »Neue Fragen der Aktionseinheit«, S. 4)

Zur Erreichung dieser Zielvorstellung heißt es im Parteiprogramm:

»Dabei mißt sie dem außerparlamentarischen Kampf, insbesondere den betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen der Arbeiterklasse und dem Kampf der Arbeiterjugend sowie den Aktionen der Schüler und Studenten und den demokratischen Bürgerinitiativen entscheidende Bedeutung bei.«

(Parteiprogramm, S. 35)

Die DKP bietet daher sich oder – um ihre Mitwirkung zu verschleiern – ihre Nebenorganisationen zu allen Themen, die ihr zur Förderung ihrer Politik geeignet erscheinen, als »Macher« an. Beispiele dafür sind wiederum die Organisierung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen der Friedensbewegung im Berichtsjahr. Auch wenn die DKP sich hierzu der von ihr beeinflussten DFU bediente, bezeichnete sie sich doch selbst als wesentlichen Teil der Friedensbewegung:

»Wir unterstützen alle Kampfformen, die dem Massencharakter des Friedenskampfes entsprechen und geeignet sind, neue Kräfte zu mobilisieren. Dazu sind Demonstrationen und Kundgebungen ebenso wie Volksbefragungen, Blockaden und Menschenketten geeignet.«

(Herbert MIES, DKP-Vorsitzender, »Unsere Zeit« vom 31. Aug. 1984)

Im besonderen Maße ist die DKP darauf bedacht, den Anschein einer Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Öffentlichkeit herzustellen, um so die »Aktionseinheit der Arbeiterklasse« zu demonstrieren. So leitet sie aus der punktuellen Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Betriebsräten und Gewerkschaftern die von ihr erstrebte allgemeine Übereinstimmung mit ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie ihrem »Friedenskampf« ab.

Publizistisch wirkte die DKP mit ihrem Zentralorgan »Unsere Zeit« (UZ) auch 1984 mit einer täglichen Auflage von knapp 25 000 Exemplaren; daneben veröffentlicht die DKP knapp 500 Kleinzeitungen auf Bundes-, Kreis- und Ortsebene sowie rd. 300 Betriebszeitungen und zahlreiche »Extrablätter«. Zur internen Unterrichtung der Mitglieder gibt der Parteivorstand zu-

dem fünf theoretische Organe, darunter »Praxis«, den unregelmäßig erscheinenden »DKP-Pressedienst« sowie den »Infodienst« heraus. Letzterer dient als Informationsdienst zur Vorbereitung der regionalen und örtlichen DKP-Publikationen. Zusammen mit den periodischen Schriften der Neben- und beeinflussten Organisationen erreicht der Jahresausstoß der DKP-Publikationen rd. 35 Millionen Exemplare.

Für die Frage der Einordnung des politischen Standortes der DKP sind auch ihre Finanzquellen von Bedeutung. Nach eigenen Angaben stehen ihr aus Mitgliederbeiträgen und Spenden jährlich etwa 16 Millionen DM zur Verfügung. Diese Summe reicht jedoch nicht aus, die Ausgaben für den aufwendigen Apparat, die vielen Veranstaltungen und Aktionen sowie das umfangreiche Agitationsmaterial der DKP und der von ihr beeinflussten Organisationen zu bezahlen. Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden erhielt die DKP auch 1984 – wie in den vergangenen Jahren – aus der DDR Zuschüsse in Höhe von mehr als 60 Millionen DM. Die Übermittlung dieser Gelder erfolgte auf verdecktem Wege durch Kuriere und durch zahlreiche, kommunistisch gelenkte Firmen in der Bundesrepublik Deutschland, die im Ost-West-Handel besonders engagiert sind und die Interessen von Im- und Exportgesellschaften der DDR wahrnehmen.

Die DKP hat bundesweit ca. 40 000 Mitglieder; sie ist organisatorisch in zwölf Bezirksverbände untergliedert. Der Bezirksverband Schleswig-Holstein ist in elf Kreisorganisationen mit rd. 40 Ortsgruppen unterteilt. Die Mitgliederzahl ist hier im Berichtsjahr von ca. 950 auf etwa 1000 gestiegen; diese Zunahme ist im wesentlichen

auf die Übernahme von Mitgliedern der Jugendorganisation SDAJ in die DKP im Rahmen der sogenannten DKP-Jugendkampagne '84 zurückzuführen. Damit ist die DKP in Schleswig-Holstein die mitgliederstärkste extremistische Organisation.

3.2 Nebenorganisationen der DKP

Die kommunistischen Parteien aller Länder haben schon immer größten Wert darauf gelegt, Jugendliche und Kinder möglichst frühzeitig ideologisch auszurichten und in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Die DKP, die sich insoweit auch gern als »Partei der Jugend« bezeichnet, unterhält hierzu die Jugendorganisation SDAJ, die Kinderorganisation JP und die studentische Organisation MSB.

Diese drei auch in Schleswig-Holstein vertretenen Nebenorganisationen sind mit eigenen Satzungen, Führungsorganen und Mitgliedschaften formell selbständig, durch ihr Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus sowie durch die Anerkennung der Führungsrolle der DKP sind sie jedoch ideologisch und politisch fest eingebunden, zumal die herausragenden Funktionen mit DKP-Mitgliedern besetzt sind.

3.2.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)

Als »revolutionärer Arbeiterjugendverband« unterstützt die SDAJ die politischen Aktivitäten der DKP im Kampf für den Sozialismus nach den »real existierenden« Vorbildern in der DDR und der Sowjetunion. Sie stellt mit rd. 15 000 Mitgliedern den stärksten extremistischen Jugendverband dar; sie ist auf Orts-, Landes- und Bundesebene organisiert.

Auf der Grundlage ihres »Aktionsprogramms für die Grundrechte der Jugend« bemüht sie sich – in Schleswig-Holstein mit nur geringem Erfolg – vor allem in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeit – verbunden mit den Hauptaktionsfeldern »Friedensarbeit« und »Antifaschismus« – um Resonanz und Einflußnahme bei Jugendvertretungen, den Jugendausschüssen der Gewerkschaften, Jugendringen und Schülervertretungen. Dabei ist die Bündnispolitik der SDAJ – nach dem Vorbild der DKP – darauf gerichtet, durch das Aufgreifen tagespolitischer Themen »Aktionseinheiten« mit demokratischen Organisationen zu bilden. Publizistisch wirkt die SDAJ durch die Herausgabe der Monatsschriften »elan – Jugendmagazin« (Auflage rd. 35 000) und »Jugendpolitische Blätter« sowie durch zahlreiche regionale und örtliche Schriften und Flugblätter.

In Schleswig-Holstein blieb die Mitgliederzahl der SDAJ mit rd. 700 konstant (s. Nr. 3.4.4). Schwerpunkte sind die Städte Flensburg, Kiel, Lübeck sowie der Kreis Pinneberg.

3.2.2 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)

Ausgehend von der These, die Erziehung der Kinder diene »nicht allgemeinen gesellschaftlichen Zielen, sondern Klasseninteressen«, bemüht sich die JP in enger Zusammenarbeit mit der DKP und der SDAJ darum, »systematisch und planmäßig Einfluß auf Kinder auszuüben«, um ihnen die Grundlagen »sozialistischen Bewußtseins« zu vermitteln und sie »an den wichtigsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen teilnehmen zu lassen« (»Thesen zur sozialistischen

Erziehungsarbeit«; »Unsere Zeit« vom 10. Dez. 1983, s. Nr. 3.4.4). Diese 1974 auf Betreiben der DKP gegründete Organisation umfaßt bundesweit etwa 4000 Mitglieder (1983: 4500), sie ist ähnlich wie die SDAJ gegliedert. Auf der Funktionärebene ist sie durch Doppelmitgliedschaften sehr eng mit der SDAJ und der DKP verflochten.

In Schleswig-Holstein umfaßt der JP-Landesverband fünf Kreisverbände mit rd. 20 Ortsgruppen; die Mitgliederzahl ist von rd. 300 im Jahr 1983 auf 250 im Berichtsjahr zurückgegangen. Schwerpunkte sind die Städte Flensburg, Kiel und Lübeck sowie der Kreis Pinneberg.

3.2.3 »Marxistischer Studentenbund Spartakus« (MSB)

Diese Studentenorganisation konstituierte sich im Mai 1971 in Bonn. Ihre politische Zielrichtung und die enge Verknüpfung mit der DKP folgen aus der anlässlich des ersten Bundeskongresses im Gründungsjahr des MSB abgegebenen Grundsatzklärung. Dort heißt es u. a.:

»Spartakus arbeitet eng mit solchen Studentengruppen zusammen, die ebenfalls für Mitbestimmung und Demokratisierung der Hoch- und Fachschulen eintreten. Er unterstützt die Forderungen und Initiativen demokratischer Kräfte außerhalb der Hochschulen, die eine demokratische Hochschulreform zum Inhalt haben. Er arbeitet insbesondere eng mit den fortschrittlichen Teilen der Arbeiterbewegung zusammen. Er weiß sich mit der Deutschen Kommunistischen Partei durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden.«

(Protokoll des ersten Bundeskongresses des MSB, Neumünster 1971, S. 229)

Der MSB ist zur Stärkung seiner Position im Hochschulbereich vor Jahren eine »bündnispolitische Ehe« mit dem »Sozialistischen Hochschulbund« (SHB) eingegangen, dem daraufhin seitens der »Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« die Führung der Bezeichnung »sozialdemokratisch« untersagt worden ist.

Die enge Verflechtung des MSB mit der DKP dokumentiert sich auch im personellen Bereich. So gehören der Bundesvorsitzende und seine zwei Stellvertreter ebenso wie die Mehrzahl der MSB-Mitglieder gleichzeitig der DKP an. Insgesamt umfaßt der MSB auf Bundesebene 6000 Mitglieder. In Schleswig-Holstein ist er mit weiterhin 80 Mitgliedern nach wie vor »unterrepräsentiert«; nur an der Christian-Albrechts-Universität und an der Fachhochschule Kiel existieren Gruppen, von denen allerdings keine politischen Aktivitäten ausgingen. Anlässlich der Studentenparlamentswahlen an der Christian-Albrechts-Universität im Januar 1985 erhielten MSB und SHB keine Sitze.

Neben dem MSB unterhält die DKP an vielen Hochschulen als Betriebsgruppen für nichtstudentische Mitglieder Hochschulgruppen, so auch in Kiel an der Christian-Albrechts-Universität mit rd. 40 Mitgliedern.

3.3 DKP-beeinflußte Organisationen

Um auch »bürgerliche Kräfte« für ihre politischen Nahziele zu gewinnen, bedient sich die DKP zahlreicher Bündnisorganisationen, die nach außen unabhängig erscheinen, in Wirklichkeit aber mit unterschiedlicher Intensität von ihr beeinflußt werden. Mit

den zum größten Teil auf ihre Initiative entstandenen Organisationen will sich die DKP Bevölkerungskreise erschließen, die eine direkte Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnen würden. Derartige Organisationen greifen weitgehend die tagespolitischen Themen der DKP auf, nicht aber deren revolutionäre Ziele. Auch 1984 wirkten diese Organisationen unterstützend und mobilisierend bei den verschiedenen Kampagnen der DKP mit, wie z. B. bei der Kampagne gegen die Nato-Nachrüstung, der »Berufsverbote«- und der »Antifaschismuskampagne«.

Nach außen hin werden die DKP-beeinflußten Organisationen in der Regel von Persönlichkeiten vertreten, die als demokratische »Aushängeschilder« dienen. Von Ausnahmen abgesehen gehört die Mehrheit der Mitglieder dieser Organisationen – auch der Vorstände – nicht der DKP an. Die Funktionen in den entscheidenden Gremien – den für die praktische politische Arbeit zuständigen Sekretariaten oder Büros – werden aber von kommunistischen Funktionären oder Sympathisanten wahrgenommen. Diese Organisationen arbeiten im Sinne der DKP um so effektiver, je weniger der kommunistische Einfluß von der jeweils anvisierten Zielgruppe der Bevölkerung erkannt wird.

Die größten der DKP-beeinflußten Organisationen wirken seit Jahren in den sogenannten internationalen Frontorganisationen mit, die von der »Internationalen Abteilung« des Zentralkomitees der KPdSU gesteuert werden. Die bedeutendste dieser »Frontorganisationen« ist der »Weltfriedensrat«, dem z. B. in der Bundesrepublik Deutschland die DFU und die VVN-BdA korporativ angeschlossen sind. Auf diese Weise wird versucht,

die gegen die westliche Verteidigung gerichtete sowjetische Politik auch in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen.

3.3.1 »Deutsche Friedens-Union« (DFU)

Die bereits 1960 auf Betreiben der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED) und der illegalen KPD als »Volksfront«-Partei gegründete DFU ist nach wie vor eine der wichtigsten der DKP-beeinflußten Organisationen. Seit Jahren nimmt sie eine führende Rolle in der Bündnispolitik der DKP ein.

Die DFU versteht sich seit ihrer Gründung als »Teil der weltweiten und nationalen Bewegung für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt«. Sie sieht sich »dem antifaschistischen, dem antimilitaristischen und dem antimonopolistischen Auftrag des Grundgesetzes« verpflichtet. Seit jeher wendet sie sich gegen den Antikommunismus, der die »wirkliche Hauptgefahr« verkenne und jede »demokratische Aktivität« als »kommunistisch gesteuert« verteufele. Dementsprechend wirbt sie unermüdlich für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Demokraten. Sie habe »in den Kommunisten stets zuverlässige Kämpfer gefunden«, die DKP gehöre »zur demokratischen Bewegung wie das Amen zur Kirche« (DFU-Direktorsmitglied Horst BETHGE lt. UZ vom 26. Jan. 1983). Die Hauptarbeitsfelder der DFU sind seit Jahren die Beeinflussung der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« und insbesondere der Friedensbewegung. 1980 hatte die DFU die Gründung der Initiative »Krefelder Appell« betrieben, die sie seither organisatorisch betreut. Daneben ist die DFU maßgeblich an

dem Wiederaufleben der »Ostermarsch-Bewegung« beteiligt.

Seit Gründung der DKP hat die DFU an Bundestagswahlen nicht mehr teilgenommen, sondern sich auf Wahlauftrufe zugunsten der DKP beschränkt. Durch diese Politik entwickelte sich die DFU mehr und mehr zu einer »Funktionsorganisation« mit der Folge eines erheblichen Mitgliederderrückganges. Von 1976 noch rd. 3000 sank die Mitgliederzahl der DFU bis 1984 auf knapp 1000, in Schleswig-Holstein von rd. 350 auf etwa 70. Nachdem sich auf Betreiben der DKP, der DFU und der »Demokratischen Sozialisten« (DS) am 18. März in Bad Godesberg unter der Bezeichnung »Friedensliste« ein Wahlbündnis zur Europawahl konstituiert hatte, gab die DFU auf ihrem außerordentlichen Unionstag am 31. Mai in Essen ihren Parteistatus auf und konstituierte sich als politische Vereinigung. Sie erklärte, sich in »absehbarer Zukunft« nicht mehr an Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen zu wollen. Ihre Arbeit als »Alternative zur Nato-Politik« und »bündnisfördernde Kraft« habe sich jedoch bewährt, sie werde daher mit dem Ziel fortgesetzt, die Friedensbewegung zu stärken und zu einigen. Die erste Aktivität der neuen »politischen Vereinigung« war denn auch ein Aufruf zur Unterstützung und Wahl der »Friedensliste«.

3.3.2. **»Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)**

Die VVN-BdA ist die älteste in der Bundesrepublik Deutschland existierende orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisation. Ursprünglich – 1949 – lediglich als »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« gegründet, sah sie ihre Aufgabe darin,

die Opfer des Nationalsozialismus für eine Zusammenarbeit im Sinne kommunistischer Bündnispolitik zu gewinnen. Mit der seit 1971 geführten Zusatzbezeichnung »Bund der Antifaschisten« ist die VVN-BdA bestrebt, durch Aufnahme weiterer Mitglieder eine breitere Grundlage zu gewinnen, den natürlichen Mitgliederschwind auszugleichen und vornehmlich junge Menschen – insbesondere auch Mitglieder demokratischer Jugendorganisationen – zu erreichen.

Der Einfluß der DKP auf die VVN-BdA ist besonders stark ausgeprägt; fast alle entscheidenden Funktionen sind mit Kommunisten besetzt. So gehört z. B. der Generalsekretär der VVN-BdA dem Parteivorstand der DKP an, ähnliches gilt für den Bereich der Landessekretäre, die häufig gleichzeitig hochrangige DKP-Funktionäre sind. Aber auch unter den einfachen Mitgliedern der VVN-BdA befindet sich ein hoher Anteil an DKP-Mitgliedern. Die VVN-BdA versucht dennoch oder gerade deshalb, nach außen hin den Eindruck einer von der DKP unabhängigen Organisation zu erwecken.

Die VVN-BdA ist Hauptträger der kommunistischen »Antifaschismusarbeit«: »Der Kampf gegen Faschismus ist unsere ureigenste Aufgabe«. Durch die Ausnutzung einer in breiten Bevölkerungskreisen vorhandenen »antifaschistischen« Grundhaltung fördert sie einseitig die »Entspannungspolitik« im Sinne des Ostblocks und den »antifaschistischen Kampf gegen die Bundeswehr und Nato«. Nach ihrer Auffassung sind gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland durchaus »Grundlagen für einen neuen Faschismus« vorhanden. Sie behauptet, durch die »Politik der Wende der jetzigen Rechtsregie-

« sei ein günstiges Klima für einen Neofaschismus entstanden. Ihr Hauptanliegen ist es daher, das Auftreten rechtsextremistischer Gruppen in der Öffentlichkeit durch »demokratische Gegenaktionen« zu unterbinden. Sie bemüht sich, breite »antifaschistische« Bündnisse mit anderen Organisationen zu initiieren. Dabei gilt ihr besonderes Interesse den Gewerkschaften, die sie »als größte organisierte gesellschaftliche Kraft« für »antifaschistische Aktionen« zu gewinnen sucht. Ziel ihrer Aktionen ist es in erster Linie, »Druck auf die politisch Verantwortlichen zu entwickeln, damit sie dem Verfassungsauftrag nach Verbot rechtsextremistischer Gruppen nachkommen«.

Daneben bemüht sich die VVN-BdA als »Teil der Friedensbewegung« um die Unterstützung orthodox-kommunistisch geförderter Friedensvorhaben, wie den »Ostermarsch« und die »Friedensliste«. Durch eine aktive Mitarbeit in örtlichen Friedensinitiativen und Gremien der Friedensbewegung versucht sie, »antifaschistische« Positionen in die Bewegung einzubringen. Seit Februar 1984 gehört die VVN-BdA dem zentralen »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« an. Dort ist sie vor allem darum bemüht, »die Einheit der Friedensbewegung gegen alle Spaltungsversuche, vor allem natürlich gegen den Antikommunismus, zu verteidigen«.

Zur Aufklärung der Bevölkerung über Verbrechen während der NS-Zeit und »neofaschistische Umtriebe« führte sie auch im Berichtsjahr »antifaschistische Stadtrundfahrten«, Ausstellungen sowie Diskussions- und Filmveranstaltungen durch. Ihre Öffentlichkeitsarbeit diente dabei letztlich auch dem Zweck, neue Mit-

glieder – vor allem jüngere – zu gewinnen. Tatsächlich ist es der VVN-BdA in den letzten Jahren gelungen, ihren Mitgliederbestand durch Neuaufnahmen überwiegend jüngerer Menschen zu halten. Dabei ist durchaus zu bezweifeln, daß die Neuzugänge sich in jedem Falle über die eigentliche Zielsetzung der VVN-BdA im klaren sind.

Zur Zeit verfügt die VVN-BdA bundesweit über 13 000 Mitglieder; in Schleswig-Holstein umfaßt der VVN-BdA-Landesverband in acht Kreisverbänden unter Einschluß der vier kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster rd. 350 Mitglieder. Schwerpunkte sind Kiel, Lübeck und der Kreis Pinneberg.

3.3.3 »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ)

Das 1974 unter maßgeblicher Beteiligung orthodoxer Kommunisten gegründete KFAZ, das sich nach eigenen Angaben auf »Hunderte von örtlichen Komitees und Initiativen« stützt, ist nach wie vor ein weiteres wichtiges Instrument der Kommunisten zur Förderung und Koordinierung ihrer »Friedenskampagne«.

Das KFAZ verfügt weder über eine Satzung noch über einen festen organisatorischen Unterbau; zentrales Leitungsgremium – zuständig für die Planung von »Friedensaktionen« und Ausarbeitung politisch-strategischer Konzepte – ist das »Büro«, in dem orthodoxe Kommunisten entscheidende Funktionen ausüben. Von den insgesamt 16 Mitgliedern des »Büros« üben acht zugleich führende Funktionen in der DKP oder in anderen von dieser beeinflussten Organisa-

tionen aus; neun der 16 »Büro«-Mitglieder gehören persönlich oder über ihre Organisationen (z. B. DFU, VVN-BdA) dem sowjetisch gesteuerten »Weltfriedensrat« an. Diese 1950 auf Betreiben der KPdSU gegründete weltweite Organisation ist die international bedeutendste »Frontorganisation«; sie wird deswegen von der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU unmittelbar angeleitet. Eine enge politische und personelle Verzahnung des »Weltfriedensrates« mit dem KFAZ stellt sicher, daß seine zur Unterstützung der sowjetischen Politik initiierte und geförderte internationale »Friedenskampagne« auch in der Bundesrepublik Deutschland propagiert wird. In der Öffentlichkeit gibt sich das KFAZ als überparteiliche Institution, um so auch für demokratische Kräfte ansprechbar und bündnisfähig zu sein.

Das KFAZ bemühte sich auch 1984 primär um die Schaffung von Mehrheiten im Interesse der politischen Vorstellungen der DKP bei den bundesweiten Aktionskonferenzen der Friedensbewegung. Das KFAZ war hierzu im zentralen »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« durch drei orthodox-kommunistische »Büro«-Mitglieder vertreten. Anlässlich eines Strategieseminars des KFAZ Mitte Juni in Mannheim wurde als längerfristige Perspektive der Friedensbewegung festgelegt, daß die »Hauptaufgabe für die Friedensbewegung der Kampf um den Stopp und die Rücknahme dieser neuen Raketen bleibt«. Zur Erreichung dieses Zieles sollten in erster Linie solche Aktivitäten initiiert und unterstützt werden, die die »größte Massenmobilisierung« ermöglichen würden.

3.3.4 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)

Die im November 1974 unter Mitwirkung der DKP durch den Zusammenschluß zweier Kriegsdienstverweigererorganisationen gegründete DFG-VK ist nach wie vor trotz rückläufiger Mitgliederzahl mit ca. 18 500 Mitgliedern die größte orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig ist sie unter den DKP-beeinflußten Vereinigungen diejenige mit dem höchsten Anteil an nichtkommunistischen Mitgliedern. Ihre eigentliche Aufgabe sieht die DFG-VK in der Propagierung und Durchsetzung des »Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung«. Diese Zielsetzung verbindet sie mit dem Kampf gegen die Nato-Nachrüstung, insoweit unterstützt sie als »antimilitaristischer Kampfverband« die Aktionen der Friedensbewegung. In ihrem gleichzeitigen Auftreten gegen den »Antikommunismus« offenbart sich dabei der orthodox-kommunistische Einfluß.

Trotz des erheblichen innerverbandlichen Widerstands durch »Radikalpazifisten« gelang es der DKP, nach wie vor ihren Einfluß auf die Führungsgremien der DFG-VK zu wahren. Im Bundesvorstand der Vereinigung arbeiteten auch 1984 Kommunisten maßgeblich mit, von denen sich zwei offen als DKP-Mitglieder zu erkennen gegeben haben. Daneben gehört einer der beiden Bundesvorsitzenden sowohl dem »Büro« des KFAZ als auch dem sowjetisch gesteuerten »Weltfriedensrat« an. Auf der regionalen Ebene ist der Einfluß der DKP sehr unterschiedlich. Einzelne Landesver-

bände und Gruppen, die sich dem »radikalpazifistischen« Flügel des Verbandes zugehörig fühlen, arbeiten zugleich im »Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen« (BAF) mit. Sie wandten sich wie schon 1983, zum Teil allerdings auch von extremistischen Positionen aus, gegen die »Minimalkonsens«-Politik des Bundesvorstandes, die den Eindruck erwecke, die DFG-VK sei »im DKP-KFAZ-Spektrum verfestigt«. Trotz dieser inneren Opposition erfüllte die DFG-VK auch 1984 wichtige Bündnisfunktionen beim »Friedenskampf« der DKP. In einem Grußschreiben an den 7. Parteitag der DKP im Januar bot die DFG-VK der DKP »trotz sonstiger unterschiedlicher Auffassungen« weiterhin die »Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens« an.

Als »Antwort auf die Stationierung neuer US-Atomraketen« verband die DFG-VK ihre Arbeit in der Friedensbewegung mit einer »Kampagne zur massenhaften Verweigerung jeglicher Kriegsdienste«. Sie war vor allem bemüht, die von ihr angeregte Kampagne der Friedensbewegung als »neue Handlungsperspektive« anzudienen. Zwar akzeptierte die Friedensbewegung die Kampagne und machte sie zum Bestandteil der Aktionen des »Friedensherbstes 84«; ihre Wirkung blieb jedoch weit hinter den Erwartungen der DFG-VK zurück. Der bundesweit ausgerichtete »Verweigerungstag« der DFG-VK am 23. Mai sowie die »Tage der Verweigerung« im Rahmen der Herbstaktionen vom 22. bis 24. November blieben ohne große Resonanz innerhalb der Friedensbewegung. Selbst das orthodox-kommunistische Lager fand sich nur halbherzig bereit, die »Verweigerungskampagne« der DFG-VK zu unterstützen.

Auf Einladung des Friedensrates der DDR hielt sich eine Delegation der DFG-VK vom 9. bis 13. Oktober in Ostberlin auf. Beide Seiten unterstrichen in einem »konstruktiven Dialog« die »Nützlichkeit der seit vielen Jahren bestehenden freundschaftlichen Beziehungen«. Diese und ähnliche enge Kontakte zum orthodox-kommunistischen Lager hinderten die DFG-VK jedoch nicht daran, die Politik der Sowjetunion zu kritisieren: So warf der Bundesvorstand der DFG-VK der Sowjetunion vor, mit ihren als Antwort auf die Nato-Nachrüstung deklarierten Rüstungsanstrengungen in der DDR und der CSSR mitverantwortlich für die »wachsende Unsicherheit in Europa« zu sein.

In Schleswig-Holstein ist die DFG-VK mit rd. 100 Mitgliedern, verteilt auf »Stützpunkte« in Bad Oldesloe, Husum, Itzehoe, Kiel, Lübeck und Rendsburg, vertreten. Diese sind dem Landesverband der DFG-VK »Hamburg/Schleswig-Holstein« mit Sitz in Hamburg angeschlossen.

3.4 Aktivitäten orthodoxer Kommunisten in Schleswig-Holstein

Entsprechend den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus« – die Parteiorgane wählen von unten nach oben das jeweils nächsthöhere Organ, sind dann aber von oben nach unten in eiserner Disziplin an die Beschlüsse der oberen Organe gebunden – befolgten auch in Schleswig-Holstein die DKP und die von ihr beeinflussten Organisationen die vom Parteivorstand vorgegebenen Leitlinien.

3.4.1 »Friedenskampf«

Eines der Hauptaktionsfelder der orthodoxen Kommunisten war auch

1984 der sogenannte Friedenskampf. Diese zunächst ausschließlich gegen den Nato-Doppelbeschluß gerichtete Kampagne versucht die DKP seit Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland durch die Verbindung der Friedensfrage mit den Problemen der Arbeitslosigkeit unter der Parole »Arbeit statt Raketen« auf eine breitere Basis zu stellen. Sie hofft, damit eine Aktionseinheit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften herstellen zu können.

Bezeichnend für die Zähigkeit und Beharrlichkeit orthodox-kommunistischer Bündnispolitik ist, daß es der DKP und ihren Subsystemen auch 1984 gelungen ist, in den Entscheidungsgremien der Friedensbewegung überrepräsentiert zu bleiben. Als »einigende und vorwärtsdrängende Kraft« nahm die DKP zum Teil erheblichen Einfluß auf die Aktivitäten der Friedensbewegung. Sie selbst hielt sich dabei im Hintergrund und bediente sich der von ihr beeinflussten Organisationen, insbesondere der DFU, des KFAZ sowie der VVN-BdA. So ist die DKP zum Beispiel nicht direkt im zentralen »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« vertreten, wohl aber über eine Reihe ihrer Neben- und beeinflussten Organisationen, wie SDAJ, KFAZ, VVN-BdA, DFG-VK und die Initiative »Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!«.

Als eigenständigen Beitrag versuchte die DKP auch klassenkämpferische und »antiimperialistische« Elemente in die Friedensbewegung einzubringen. Anlässlich ihres 7. Parteitages vom 6. bis 8. Januar in Nürnberg bezeichnete die DKP die Raketenstationierung als »Willkürakt«, den es zu revidieren gelte. Mit der Entschei-

dung für die Stationierung hätten sich die regierenden Parteien über den Willen des Volkes und seiner Friedensbewegung hinweggesetzt. Der Friedensbewegung »in der Welt des Kapitals« empfahl die DKP als wichtigsten Verbündeten die sozialistische Staatengemeinschaft.

»In der Tat erweisen sich die sozialistischen Staaten mit ihren Völkern als die größte und stärkste Friedensbewegung unserer Zeit.« (Protokoll des 7. Parteitages der DKP, S. 38)

Die einseitige pro-sowjetische Ausrichtung der DKP sowie ihr Einfluß in der Friedensbewegung führten zwar erneut zur Kritik anderer Gruppierungen innerhalb der Friedensbewegung, eine Ausgrenzung der DKP und ihrer Bündnisorganisationen stand aber ernsthaft nie zur Diskussion. So beklagten zum Beispiel die »Grünen« den großen Einfluß des DKP-Umfeldes auf die beiden bundesweiten Aktionskonferenzen der Friedensbewegung im Februar und Mai. Dies führte aber ebensowenig zu Konsequenzen wie schon im Vorjahr die Warnungen von Heinrich BÖLL und Rudolf BAHRO, die auf das Übergewicht der DKP in der Friedensbewegung aufmerksam gemacht hatten.

Auch in Schleswig-Holstein konnten die orthodoxen Kommunisten ihre führende Position innerhalb des organisierten Teils der Friedensbewegung behaupten. Hierbei stießen sie kaum auf ernsthaften Widerstand anderer Gruppierungen. Dabei kam ihnen die weitgehende Inaktivität und mangelhafte Organisationsstruktur des »unabhängigen Flügels« der Friedensbewegung, zu dem insbesondere Gruppen der »Neuen Linken« gehören, entgegen. Die DKP konnte sich auch hier auf ein breites Bündnis ihr nahe-

stehender Organisationen stützen. Neben der DFU, der VVN-BdA und der SDAJ vermochte sie eine Reihe örtlicher Friedensinitiativen zu aktivieren, in denen sie seit Jahren einflußreiche Positionen besitzt. Die eigentliche Steuerung und Koordination der Aktivitäten überließ sie der DFU, die zur Verschleierung des kommunistischen Einflusses die organisatorische Arbeit über den »Zusammenarbeitsausschuß der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein« (ZAA) abwickelte.

Mit Hilfe dieses zentralen Arbeitsausschusses bereitete die DFU verschiedene, von orthodoxen Kommunisten geförderte Vorhaben in Schleswig-Holstein vor.

Verantwortlich für den landesweiten »Ostermarsch« nach Rendsburg am 23. April mit ca. 3000 Teilnehmern war ein führendes Mitglied der VVN-BdA. Der als Sternmarsch durchgeführte »Ostermarsch« endete mit einer symbolischen Umzingelung der Eider-Kaserne in Rendsburg, dem Sitz des Hauptquartiers der Nato für die Landstreitkräfte Schleswig-Holstein und Jütland.

Die im ZAA vertretenen orthodox-kommunistisch beeinflussten Friedensgruppen hatten sich schon frühzeitig auf eine Teilnahme an den Manöverbehinderungen im Raum Hildesheim in der Zeit vom 19. bis 22. September sowie an der »Friedensversammlung« am 20. Oktober in Hamburg festgelegt. Nachdem ein geeignetes eigenes »Friedencamp« im Raum Hildesheim nicht gefunden werden konnte, schlossen sich die schleswig-holsteinischen Teilnehmer – im wesentlichen Mitglieder orthodox-kommunistischer Gruppierungen und Anhänger von »Antikriegsgruppen« der »Neuen Linken« – ei-

nem Camp Hamburger und Bremer Friedensgruppen in Dingelbe/Niedersachsen an. Zu bemerkenswerten Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Teilnehmer bei den Manöverbehinderungen ist es nicht gekommen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des orthodox-kommunistisch beeinflussten Flügels der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein stand die »Friedensversammlung« am 20. Oktober in Hamburg, da diese »Massenveranstaltung« in besonderem Maße dem Konzept der DKP entgegenkam. Die Anreise der Teilnehmer aus Schleswig-Holstein wurde von der DFU koordiniert; Funktionäre der DKP und der DFU waren als »Reiseleiter« eingesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der DKP war die Förderung der von ihr mitgegründeten »Friedensliste« bei der Europawahl am 17. Juni. Diese beschrieb in einem Flugblatt ihre Zusammensetzung wie folgt:

»Aktive aus der Friedensbewegung, aus Wissenschaft und Kunst, Kirche, Gewerkschaften, Parteilose und Mitglieder verschiedener Parteien und politischer Strömungen (DS, DFU, DKP, Liberale, Alternative und Sozialdemokraten)«.

Da die DKP in dieser neuen politischen Vereinigung eine geeignete Plattform sah, um »im Europawahlkampf den Kampf gegen die Stationierung der neuen US-Raketen zum entscheidenden Wahlkampfthema zu machen«, verzichtete sie auf eine Eigenkandidatur und stellte ihr erhebliches Wahlkampfpotential in den Dienst dieser »Friedensliste«.

Bei der Verabschiedung der Kandidatenliste und der Wahl des 32köpfigen Bundesvorstandes der »Friedensliste« konnten sich die DKP und ihr nahestehende Kräfte entscheiden-

den Einfluß sichern. Von den 89 Kandidaten der »Friedensliste« gehörten etwa die Hälfte dem DKP-Spektrum an, in Schleswig-Holstein von vier Kandidaten sogar drei. Das Wahlergebnis der »Friedensliste« in Schleswig-Holstein lag mit 1,1 % der Stimmen (auf Bundesebene 1,3 %) erheblich über dem sonst mobilisierbaren Wählerpotential der DKP (in Schleswig-Holstein bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 0,2 %, bei der Landtagswahl am 13. März 1983 0,1 %). Dementsprechend wertete die DKP das relativ gute Abschneiden der »Friedensliste« denn auch stolz als eine »Bestätigung für die von unserer Partei entwickelte Politik«.

3.4.2 »Antifaschismusarbeit«

Wie im übrigen Bundesgebiet ist es im Berichtsjahr auch in Schleswig-Holstein im Rahmen des »Antifaschismuskampfes« zu zum Teil tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten gekommen. Schwerpunkte dieser Kontroversen bildeten die Städte Kiel und Lübeck sowie der Kreis Pinneberg. Dabei ist bemerkenswert, daß in 15 von 19 Fällen die Initiative von den Linksextremisten ausging. Auch das jeweilige Zahlenverhältnis zeigte ein deutliches Übergewicht der Linksextremisten. Den Teilnehmern rechtsextremistischer bzw. für rechtsextremistisch gehaltener Veranstaltungen stand teilweise eine bis zu zehnfache Übermacht gegenüber, da die Linksextremisten sich häufig bei ihren »antifaschistischen Aktionen« auf ein Bündnis mit Mitgliedern demokratischer Organisationen stützen konnten. So demonstrierten auf Initiative der VVN-BdA, unterstützt durch An-

hänger der SDAJ, die »Antifaschisten« in Kiel

- gegen Vortragsveranstaltungen der Deutsche Volksunion mit dem britischen Historiker David IRVING im April und September,
- gegen eine Versammlung der »Notgemeinschaft des Deutschen Ostens« im September und
- gegen eine Veranstaltung der Kieler Liste für Ausländerbegrenzung im Juni.

Während in den erstgenannten Fällen die Polizei Ausschreitungen verhindern konnte, kam es anlässlich der KLA-Veranstaltung seitens der Gegendemonstranten zu so massiven Störungen einschließlich Sachbeschädigungen, daß die Veranstaltung abgebrochen werden mußte.

In Lübeck verhinderten im Juni »Lübecker Antifaschisten« ein Treffen des »Arbeitskreis Europa der Vaterländer«. Führende Organisatoren der Aktion waren die SDAJ und die VVN-BdA. Daneben kam es in Lübeck im Laufe des Jahres mehrfach zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads einerseits und »Antifaschisten« und Punks andererseits. Diese Streitigkeiten beruhen jedoch primär auf der Rivalität zwischen den jugendlichen Randgruppen Skinheads und Punks; nichtsdestoweniger mühen sich die orthodoxen Kommunisten, diesen Gegensatz zu politisieren und propagandistisch für ihren »Antifaschismuskampf« auszunutzen.

Besonders aktiv waren die orthodoxen Kommunisten im Rahmen ihrer »Antifaschismuskampagne« im Kreis Pinneberg. Die Gründe hierfür dürften darin liegen, daß gerade im Hamburger Randgebiet Anhänger des bekannten Neonazi Michael KÜHNEN verstärkt propagandistisch in Erscheinung getreten waren. Auf Betreiben

der VVN-BdA wurde Ende 1983 ein »Antifaschistisches Bürgerkomitee im Kreis Pinneberg« gegründet. Daneben mobilisierte die VVN-BdA die »Friedenswerkstatt im Kreis Pinneberg« für ihre »Antifaschismusarbeit«. Beide Organisationen führten im Januar gemeinsam eine örtliche Demonstration zur »Unterbindung neofaschistischer Aktionen« durch. Im Mai veranstaltete die VVN-BdA in Pinneberg einen Informationsabend zum Thema »Widerstand der Geschwister SCHOLL im Dritten Reich«, der von einigen jugendlichen Rechts-extremisten gestört wurde. Im September störten rd. 50 auf Initiative der VVN-BdA aus dem Kreis Pinneberg angereiste »Antifaschisten« eine Vortragsveranstaltung des »Bundes der Vertriebenen« in Rellingen, wobei es zu tätlichen Angriffen und zu Sachbeschädigungen kam.

3.4.3 Weitere Arbeitsfelder

Ein weiterer Agitationsschwerpunkt der DKP in Schleswig-Holstein war auch 1984 das Thema »Arbeitslosigkeit«. Der Partei ist es jedoch trotz Einsatzes von rd. 50 Orts-, Stadtteil-, Betriebszeitungen und einer Flut von Flugblättern nicht gelungen, die erhoffte Resonanz bei Betroffenen zu finden. Insbesondere sind die Bemühungen, in »Arbeitsloseninitiativen« Fuß zu fassen – von einigen Ausnahmen abgesehen – ohne erkennbare Erfolge geblieben.

Daneben forcierte die DKP ihre »Frauenarbeit«. Nach Auffassung der DKP sind »Frauenbewegung und Arbeiterbewegung für uns Kommunisten untrennbar verbunden« (UZ vom 26. Okt. 1984). Die Partei führte im Oktober in Kiel in Anwesenheit der

Leiterin des Frauenarbeitskreises beim DKP-Parteivorstand das erste »Schleswig-Holsteinische Frauentribunal« durch, auf dem die »frauenfeindliche Politik der Bundes- und Landesregierung« angeprangert wurde. Die im November in Kiel durchgeführte »Landesfrauenkonferenz«, zu der Vertreter aus Friedensbewegung, Kirche, Gewerkschaften und Parteien (SPD, »Grüne«, DKP) aufgerufen hatten, versuchte die DKP als Erfolg ihrer Bündnispolitik darzustellen. So wertete sie beide frauenpolitischen Veranstaltungen als vollen Erfolg und ein »Beispiel eines breiten Bündnisses« (UZ vom 8. Dez. 1984).

Traditionelle Arbeitsschwerpunkte der orthodoxen Kommunisten sind Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Für die DKP ist der Betrieb »der Ort, wo die Arbeitskraft der Lohnabhängigen ausgebeutet wird« (»DKP-Bildungsjahr« 1983/84, Heft 2, S. 20). Die DKP-Führung forderte daher wiederholt dazu auf, den Einfluß der Partei in den Betrieben zu vergrößern. Angesichts der geringen Stimmenerfolge bei den Betriebsrats- (1. März bis 31. Mai) und Jugendvertretungswahlen (1. Mai bis 30. Juni) äußerte sich die DKP jedoch sehr zurückhaltend über die Wirksamkeit ihrer Betriebsarbeit in Schleswig-Holstein. Dagegen wertete sie ihre Gewerkschaftsarbeit im Lande als erfolgreich. Während des Drucker- und Metallereistriks habe die »DGB-Solidarität '84 in der Praxis funktioniert« (UZ vom 18. Sept. 1984).

3.4.4 Jugendarbeit

Die Jugendorganisationen der DKP waren auch 1984 in Schleswig-Holstein aktiv, um ihren Einflußbereich auszuweiten und damit für die Politik der Mutterpartei zu werben.

Während der MSB Spartakus wegen seiner personellen Schwäche nur vereinzelt und dann im Rahmen von anlaßbezogenen Aktionseinheiten in Erscheinung trat – etwa anläßlich der Gegendemonstration gegen die KLA-Veranstaltung im Juni in Kiel –, entwickelte die SDAJ im Lande zahlreiche Aktivitäten, wobei sie teilweise von der DKP direkt angeleitet oder unterstützt wurde. Mitglieder der SDAJ beteiligten sich an den Veranstaltungen der Friedensbewegung, so am »Ostermarsch« und an den Herbstaktionen. Ebenso aktiv wirkte die SDAJ in »Arbeitsloseninitiativen« mit, von denen sie einige selbst gegründet hatte.

Zur Realisierung ihres »Aktionsprogramms für die Grundrechte der Jugend«, das auf dem 8. Bundeskongreß der SDAJ am 15./16. Dezember in Bottrop als Fortschreibung früherer Programme beschlossen wurde, führte die SDAJ in Kiel und Lübeck zum Ende des Jahres Protestaktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel durch.

Trotz aller Aktivitäten konnte die SDAJ bei den Jugendvertretungswahlen bei den Howaldtswerken – Deutsche Werft AG in Kiel statt bisher drei Sitzen nur noch zwei Sitze in der 7köpfigen Vertretung erringen.

Im Rahmen ihrer »Schülerarbeit« konnte die SDAJ in Schleswig-Holstein nur ein Mitglied der Landeserschülervertretung der Beruflichen Schulen durchbringen. Dagegen gelang es ihr auf Bundesebene, bei der Gründung einer Bundeschülervertretung im März in Köln zwei Vorstandssitze des ursprünglich 7köpfigen und nunmehr nur noch 5köpfigen Bundesvorstandes zu besetzen.

Zu Pfingsten veranstaltete die schleswig-holsteinische SDAJ mit rd.

100 Teilnehmern in Kiel-Falckenstein ihr traditionelles »Pfingstcamp«, zu dem eine 5köpfige Delegation der »Freien Deutschen Jugend« der DDR solidarische Grüße und ein größeres Zelt als Gastgeschenk überbrachte. Zeitgleich führte auch die DKP-Kinderorganisation »Junge Pioniere« ihr »Pfingstcamp« in Mönkeberg bei Kiel durch, wobei die organisatorischen Aufgaben weitgehend von SDAJ-Mitgliedern wahrgenommen wurden.

Die »Jungen Pioniere« wurden auch im vergangenen Jahr von der DKP in ihren »Friedenskampf« eingespannt. So ließ sie die JP in Kiel im August eine Plakatklebeaktion unter dem Thema »Weg mit den US-Raketen!« durchführen. Zudem nahmen JP-Delegierte aus Schleswig-Holstein an einer bundesweiten Konferenz des Initiativkreises »Kinder wollen Frieden« im September in Bonn teil. Außerdem forderten die JP in einer Flugblattaktion im Dezember in Kiel unter Anprangerung der »Hochrüstungspolitik« die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein.

Einen Schwerpunkt der JP- bzw. der Kinderarbeit der DKP bildete auch in diesem Jahr wieder die sogenannte Kinderferienaktion. Diese preisgünstigen Kinderferienfahrten in die DDR sollen nicht nur dazu dienen, neue Mitglieder für die JP zu werben, sondern darüber hinaus auch die Möglichkeit zur Beeinflussung der Eltern eröffnen. Während in den vergangenen Jahren jeweils rd. 180 Kinder aus Schleswig-Holstein an der »Kinderferienaktion« teilnahmen, folgten in diesem Jahr lediglich 90 Kinder der Einladung in ein »kinderfreundliches Land«. Dieses Ergebnis war für die DKP selbst so enttäuschend, daß sie intern Zweifel äußerte, ob seitens der DDR für 1985 wiederum eine entspre-

chende Anzahl von Ferienplätzen zur Verfügung gestellt werden würde.

Bei allen mehr oder weniger spektakulären Aktionen verkennt selbst die DKP nicht, daß die Jugendarbeit fast ausschließlich von Funktionären geleistet wird, während die Masse der Mitglieder sowohl der SDAJ als auch der JP inaktiv bleibt.

4. Die »Neue Linke«

Unter dem Begriff »Neue Linke« werden diejenigen kommunistischen Gruppen, die sich nicht am Kommunismus sowjetischer Prägung orientieren, anarchistische und undogmatisch revolutionäre Gruppen zusammengefaßt. Diese Bewegungen breiteten sich Ende der sechziger Jahre in Europa und in den USA aus; sie wollen den Kapitalismus beseitigen, lehnen jedoch auch den »real existierenden Sozialismus« in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten ab. In der Form der angestrebten Gesellschaftsstruktur und dem dorthin einzuschlagenden Weg unterscheiden sie sich.

Zu den genannten kommunistischen Gruppen zählen die stalinistischen oder maoistischen sogenannten K-Gruppen sowie die Trotzlisten; sie werden als dogmatische »Neue Linke« bezeichnet. Ideologisch und organisatorisch sind sie zumeist festgefügt, legen die Lehre von MARX in ihrer leninistischen Ausprägung ihrem Erklärungs- und Handlungskonzept sowie ihrer Organisationsstruktur zugrunde, streben also auch eine »Diktatur des Proletariats« an, kritisieren zugleich aber die bürokratischen und »sozialimperialistischen« Elemente des sowjetischen Systems.

Die undogmatische Linke, ein Spektrum von »Anarchisten« bis zu

Verfechtern »alternativer Lebensformen«, will das Individuum von den »Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise« bzw. der Industriegesellschaft befreien und will eine Gesellschaftsordnung erreichen, die weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern »herrschaftsfrei« ist. Soweit »Alternativgruppen« der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland lediglich gleichgültig gegenüberstehen oder diese tolerieren, sind sie nicht verfassungsfeindlich.

In der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich Ende der sechziger Jahre die »Neue Linke« aus der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (APO). Sie stand zunächst unter dem Einfluß antiautoritärer Theorien, insbesondere des von MARCUSE beschriebenen »Psycho-Marxismus«. Die »große Verweigerung« war eines der Stichworte der damaligen Zeit. Hauptansatzpunkt hierfür war die Forderung nach individueller Selbstbefreiung als Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Emanzipation.

Aus der anfänglich strukturlosen antiautoritären Bewegung entwickelten sich innerhalb weniger Jahre zwei Blöcke, die sich trotz übereinstimmenden Endzieles alsbald sowohl gegenseitig als auch blockintern zerstritten und befehdeten. Den zunächst größeren Block bildeten die K-Gruppen, den zweiten »Anarchisten« und sonstige undogmatische Gruppierungen.

Die K-Gruppen bauten auf den Lehren von MARX und LENIN auf; sie akzeptierten den 1956 von CHRUSCHTSCHOW eingeleiteten »neuen Kurs« der KPdSU nicht, der STALIN und seine Herrschaftsform abgelehnt hatte. Die K-Gruppen be-

zeichneten den »real existierenden Sozialismus« als »reaktionär«. Sie glaubten an eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus über STALIN bis hin zu MAO TSE-TUNG. Die Blütezeit dieser dogmatischen »Neuen Linken« dauerte vom Beginn der siebziger Jahre bis etwa Ende 1977, als sich in den verschiedenen Gruppen in Kern- und Nebenorganisationen rd. 15 000 Aktivisten sammelten; heute sind es weniger als 4000 Personen.

Die zunehmende Einsicht, daß in modernen Industrienationen freiheitlicher Prägung marxistisch-leninistische Theorien und Konzepte scheitern müssen, und die Erfahrung, daß Ausbeutung und Fremdbestimmung durch Kaderparteien noch weniger erträglich sind als die »Ausbeutung durch den Kapitalismus«, führten zum Niedergang der K-Gruppen.

Die in Ansätzen schon seit der APO-Zeit vorhandenen Gruppierungen der undogmatischen »Neuen Linken« gewannen mit der zunehmenden Schwäche der K-Gruppen immer mehr an Bedeutung und wurden seit 1977 zur dominierenden Kraft der »Neuen Linken«, allerdings ohne daß durch sie an die Stelle der festgefühten Organisationen der K-Gruppen entsprechende neue Strukturen traten. Nach wie vor bietet die undogmatische »Neue Linke« das Bild einer Vielzahl von sich ständig – gleichsam wie Amöben – in ihrer Form und Richtung ändernden »Einzelwesen«, die letzten Endes nur in der von ihnen angestrebten Utopie übereinstimmen.

Dennoch umfaßt gerade diese dem Individualismus verpflichtete »Vielfheit« ein linksextremistisches Potential, das aufgrund seiner in ihm enthaltenen Spontaneität, Vitalität und Intelligenz, gepaart mit der Fanatikern

eigenen Skrupellosigkeit, der besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Die unvermindert zwischen den und auch innerhalb der Gruppen der undogmatischen Linken geführte »Gewaltdiskussion« und deren Auswirkung in der Praxis in Gestalt militanter Anschläge mit zum Teil hohen Sachschäden und einer hochgradigen Gefährdung auch von Menschen machen dies deutlich.

4.1 Die dogmatische »Neue Linke«

Der seit etlichen Jahren im Bereich der dogmatischen »Neuen Linken« anhaltende Trend – Mitgliederschwund und in dessen Folge politische Bedeutungslosigkeit – hat sich auch im vergangenen Jahr nicht geändert. In durchaus richtiger Einschätzung dieser Situation haben die noch verbliebenen Reste der K-Gruppen versucht, durch Zurückstellung einstmals für »unabdingbar« erklärter ideologischer Gegensätze und das Aufgreifen aktueller tagespolitischer Themen wieder Boden zu gewinnen. So setzten sie darauf, bei »staatsverdrossenen« Bürgern und insbesondere Jugendlichen Anhang zu finden durch Agitation

- gegen die Nato-Nachrüstung,
- gegen die »bildungs- und sozialpolitische Wende«,
- gegen einen angeblich wiedererstarkenden Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland,
- gegen die Medienpolitik und
- gegen den »Computer- und Überwachungsstaat« Bundesrepublik Deutschland.

Auf der Basis dieser Themen versuchten die K-Gruppen, zu Fusionen untereinander zu gelangen; diese Bemühungen sind bisher erfolglos geblieben.

4.1.1 Der »Kommunistische Bund Westdeutschland« (KBW)

Das einstige »Flaggschiff« der K-Gruppen, der KBW (1977 ca. 2500 Mitglieder), hatte sich bereits Mitte des Jahres 1983 bei einem Mitgliederbestand von knapp 400 im Bundesgebiet – Ende 1984 nur noch 200 – unter Aufgabe des Parteistatus in einen Verein zur »Förderung des Kommunismus und Entwicklung der revolutionären Theorie« umgewandelt. Seine praktische Aufgabe dürfte sich jedoch im wesentlichen in der Verwaltung des nicht geringen, von seinen einstigen Mitgliedern zusammengetragenen »Vereinsvermögens« (rd. 9 Millionen DM in Immobilien und Unternehmensanlagen) erschöpft haben, obwohl er sich auch noch 1984 durch die Herausgabe des Polit-Magazins »Kommune« als politisch aktiv ausgab. Mehrere gegen Ende des Jahres angekündigte Delegiertenversammlungen zum Zwecke der Vereinsauflösung wurden vertagt, so daß es erst Mitte Februar 1985 zur »Auflösungsverammlung« kam. Zu einer echten Auflösung und Vermögensverteilung auf die Restmitglieder ist es jedoch auch hier nicht gekommen. Der Verein KBW wurde in einen Verein »Assoziation« umgewandelt. Im Ergebnis wurde den einfachen Mitgliedern die Nutznießung des Vereinsvermögens entzogen und den Funktionären überlassen. Der KBW-Spitzenfunktionär Hans Gerhart SCHMIERER empfahl den ehemaligen Mitgliedern, sich der »grün-alternativen Bewegung« anzuschließen. Das Vereinsvermögen wurde dem »grün-alternativen Spektrum« zur Nutzung angeboten.

In Schleswig-Holstein war der KBW organisatorisch und personell nicht mehr vertreten.

4.1.2 Der »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

Der BWK hatte sich im September 1980 vom KBW abgespalten. Damals hatte die Mehrheit des KBW Selbstkritik an der bisherigen Politik geübt und eingeräumt, der KBW müsse wieder lernen, alle »Kämpfe der Arbeiterbewegung und der Volksmassen zu unterstützen, wie sie sich zunächst entwickeln«. Eine Minderheit – in Schleswig-Holstein schloß sich dieser Gruppe allerdings die Mehrheit an – trat aus und gründete den BWK, weil ihr die neue Linie des KBW »opportunistisch« und »versöhnlerisch« schien. Für den BWK gilt daher das vom KBW 1973 beschlossene und 1976 überarbeitete Programm weiter. Darin bekannte sich der KBW zur Revolution, zur »Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates« und zur »Diktatur des Proletariats«. Die Mitgliederzahl des BWK ist 1984 auf knapp 400 gesunken; im Lande Schleswig-Holstein hat sich die Zahl seiner Mitglieder von rd. 60 auf rd. 40 vermindert.

Aufgrund seiner Mitgliederschwäche ist der BWK schon seit langem zu eigenständigen Aktivitäten nicht mehr in der Lage. Seine politische Arbeit beschränkt sich daher auf Teilnahme an linksextremistischen Aktionseinheiten, insbesondere mit der KPD und der von dieser gegründeten »Volksfront«. Letztere hat der BWK, da Fusionsbemühungen mit der Mutterpartei bislang gescheitert sind, personell unterwandert und damit weitgehend unter seinen Einfluß gebracht. Publizistisch wirkt der BWK durch sein Organ »Politische Berichte«.

4.1.3 Die »Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD)

Ende Dezember 1968 auf Initiative ehemaliger Mitglieder der 1956 verbotenen KPD gegründet, tritt diese Partei nach wie vor für eine gewaltsame »sozialistische Revolution«, die Zerschlagung des »bürgerlichen Staatsapparates« und die Errichtung der »Diktatur des Proletariats« ein. Diese ursprünglich maoistische Partei wandte sich, nachdem sich die Volksrepublik China gegenüber dem »Westen« geöffnet hatte, ausschließlich der ideologischen Linie der kommunistischen Partei Albanien zu, in der sie die einzig wahre Partei der Arbeiterklasse zu erblicken glaubte. Sie geriet allerdings in erhebliche Argumentationsschwierigkeiten, als der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, den sie als besonders »reaktionär« ansieht, im September Albanien besuchte. Im Politbüro der KPD befürchtete man, auch Albanien könne sich zu sehr »mit dem Imperialismus einlassen«. In der Folgezeit kam es zu Fraktionsbildungen, z. B. in Kiel zwischen einer »Bolschewistenfraktion« (Stalinisten) und der Mehrheit, die von den »Bolschewisten« als »Revisionisten« bezeichnet wird. Die Mitgliederzahl der KPD ist bundesweit mit knapp 400 gegenüber 1983 konstant geblieben, in Schleswig-Holstein – Kiel war einmal eine Hochburg der KPD – von 100 auf 70 gesunken.

Publizistisch wirkt die KPD durch ihr Zentralorgan »Roter Morgen«. Daneben ist sie aufgrund ihrer personellen und finanziellen Situation zur eigenständigen politischen Aktivität weder im Bund noch im Land in der Lage. Sie bemüht sich daher seit längerem um die Schaffung eines »linken Bündnisses«. Allerdings ist es

bislang lediglich zu einer Kooperation auf dem Propagandasektor mit dem BWK gekommen. Die bislang KPD-typischen Agitationsschwerpunkte »Arbeitskampf«, »Ausländerfeindlichkeit« und Protest gegen die Raketenstationierung sind in jüngster Zeit zugunsten des »antifaschistischen Kampfes« in den Hintergrund getreten.

Die mit Blick auf die Bundestagswahl 1980 von der KPD gegründete »Volksfront« war nicht nur als Wahlpartei konzipiert, sondern sollte mit der weitgefaßten Losung »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden« breite Schichten der Linken ansprechen und sammeln. Diese Hoffnungen der KPD haben sich nicht erfüllt.

4.1.4 Der »Kommunistische Bund« (KB)

Diese 1970 aus der studentischen Bewegung heraus entstandene Gruppierung vertritt ideologisch einen im wesentlichen maoistischen Kommunismus, sie lehnt die Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele nicht ab.

Im Herbst 1979 hatte sich vom KB die »Zentrumsfraktion« (»Gruppe Z«) abgespalten (s. »Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1979«, S. 31/32); in der Folgezeit war die Mehrzahl ihrer Anhänger der Partei »Die Grünen« (so in Schleswig-Holstein) oder in Hamburg der »Grün-Alternativen Liste« (GAL) beigetreten. Ein Teil von ihnen war dort in Führungspositionen gelangt. Die »Gruppe Z« löste sich Anfang 1984 auf.

Die ohnehin bisher losen Organisationsstrukturen des »Rest-KB« sind zerfallen; bundesweit umfaßt der KB noch ca. 400 Mitglieder. In Schleswig-

Holstein fühlen sich nur noch wenige Einzelpersonen dieser Gruppe zugehörig.

Die noch vorhandenen Anhänger des KB versuchen, ihre antiimperialistischen Positionen verdeckt oder offen in die Friedensbewegung, die »Antifaschismuskampagne« und in die grün-alternative Wahlbewegung einzubringen. Einige wenige Anhänger bringen noch die angestammte Zeitschrift des KB »Arbeiterkampf« mit einer Auflage von nur noch 4500 heraus.

4.1.5 Die »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)

Die MLPD ist 1982 aus dem »Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands« (KABD) entstanden, sie vertritt ideologisch den Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung. Ihre Mitgliederzahl von 1000 auf Bundesebene hat die MLPD halten können, weil nicht wenige Mitglieder der bisherigen traditionellen K-Gruppen in ihr eine neue politische Heimat gefunden zu haben glauben. Ihre Bemühungen, auch in Schleswig-Holstein Organisationsstrukturen aufzubauen, sind allerdings bisher erfolglos geblieben. Sie arbeitet weitgehend verdeckt; Kooperationsangebote von KPD und BWK hat sie bislang abgelehnt. Aufgrund dieser Haltung hat sie sich innerhalb des linksextremistischen Lagers isoliert, obwohl ihre Agitationsschwerpunkte denen der übrigen linksextremistischen Gruppierungen und Parteien entsprechen.

4.1.6 Die »Marxistische Gruppe« (MG)

Innerhalb der dogmatischen »Neuen Linken« nimmt die MG eine Sonderstellung ein. Ihre straffe innere

Ordnung und ihre konspirative Arbeit entsprechen einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation, gleichwohl lehnt sie den Leninismus ab, wie sie auch die Diktatur des Proletariats als Herrschaftsform schlechthin ablehnt. Insoweit zeigt die MG in ihrer Ideologie anarchistische Tendenzen.

Die MG konnte ihren Mitgliederbestand auf Bundesebene von rd. 1300 auf rd. 1500 erhöhen; auch sie profitierte vom Zerfall der traditionellen K-Gruppen. Darüber hinaus kann sie sich auf eine etwa ebenso große Zahl von Anhängern stützen, die in sogenannten Sympathisanten-Plenen zusammengefaßt sind.

In Schleswig-Holstein hat diese Gruppe organisatorisch noch nicht Fuß fassen können.

4.2 Die undogmatische »Neue Linke«

Die undogmatische »Neue Linke« ist aus der emanzipatorischen Jugendrevolte der späten sechziger Jahre entstanden. Seit 1977 wurde sie zunehmend zur dominierenden Kraft im Bereich der »Neuen Linken«. Viele ehemalige K-Gruppen-Mitglieder bzw. -Anhänger haben sich wegen der Erfolglosigkeit ihrer Organisationen den verschiedensten Gruppierungen der undogmatischen »Neuen Linken« angeschlossen. Die »Undogmaten« wollen das Individuum von den »Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise« und von den »Unterdrückungsmechanismen« der staatlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland befreien. Sie setzen auf eine herrschaftsfreie Gesellschaft, teils mit rätekommunistischen Strukturen, teils mit sonstigen basisdemokratischen Elementen, die sie durch die Abschaffung des Staates herbei-

führen wollen. Trotz aller Organisationsfeindlichkeit der »Undogmaten«, trotz aller Verworrenheit der von ihnen vertretenen Auffassungen und trotz aller Sprunghaftigkeit ihrer Aktivitäten lassen sich zwei wesentliche Richtungen innerhalb der Undogmatenszene erkennen:

- anarchistische Aktionsgruppen, für die »Gewaltfreiheit« Prinzip ist, und
- autonome Gruppierungen, für die die Gewaltanwendung Mittel ihrer Politik ist.

Bundesweit zählt die undogmatische »Neue Linke« rd. 5100 Anhänger, wobei nur die in überregionalen Gruppierungen aktiven Personen erfaßt sind. Für Schleswig-Holstein wird die Gesamtzahl der Anhänger der undogmatischen »Neuen Linken« auf rd. 300 Personen geschätzt.

4.2.1 »Gewaltfreie Anarchisten«

Obwohl auch die sich selbst als »gewaltfrei« bezeichnenden Gruppierungen der »Undogmaten« die Überwindung jeglicher Staatsmacht anstreben, akzeptieren sie als Ausgangsbasis zunächst einmal die Realität des Staates. Ihr Ziel, eine »herrschaftsfreie«, basisdemokratische Gesellschaft, wollen sie aus der bestehenden Gesellschaftsordnung heraus erreichen. Durch den Ausstieg aus der bürgerlichen Gesellschaft und die Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Staat müsse sich, so sagen sie, der Einzelne selbst befreien und zur Keimzelle einer neuen, »herrschaftsfreien« Gesellschaft in selbstverwalteten Wohngemeinschaften und Alternativprojekten werden; Demokratie dürfe nicht Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit im traditionellen Sinne sein, sondern sei auf den »Konsens aller« angewiesen. Die-

se Strategie der alternativen Gesellschaftsveränderung bedürfe der Zustimmung der »Massen«. Daher ist es ihr gegenwärtiges Bestreben, die Bürger dem Staat zu entfremden, indem man bewußt einen Keil zwischen die »Herrschenden« und die »Massen« treibt (»Delocalisierung«). Ihr Handlungskonzept ist auf »gewaltfreie« Aktionen und zivilen Ungehorsam mit Massenbeteiligung angelegt; denn nur bei Massenbeteiligung könnten sie als »Macht von unten« (»Graswurzelrevolution«) in das System eingreifen.

Als ein maßgeblicher Träger solcher Bestrebungen ist die »Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen« (FÖGA) zu nennen, in der sich auf Bundesebene etwa 80 Gruppen und Kollektive zusammengeschlossen haben. Sie hat rd. 900 Anhänger. In Schleswig-Holstein existieren nur Kontaktadressen in einigen Städten, z. B. in Kiel und Lübeck.

4.2.2 Autonome Gruppen

Autonome Gruppen lehnen von vornherein jede Gesellschaftsordnung ab und vertreten diffuse anarchistische Vorstellungen. Für sie hat es keinen Sinn, gegen einzelne »Fehler« des Systems »anzukämpfen«, da der Fehler das System selbst sei. Sie lehnen deshalb jede Berührung mit den Herrschenden ab; die bürgerliche Gesellschaft bezeichnen sie schlicht als »Schweinesystem«. Anwendung von Gewalt wird von ihnen befürwortet und sowohl als »offene Konfrontation« als auch als »Sabotage in Kleingruppentaktik« praktiziert. Insoweit verfolgen sie weitgehend die von den »Revolutionären Zellen« propagierte Strategie, durch die Bildung möglichst vieler kleiner Gruppen den Widerstand gegen den »imperialisti-

schen Staat« auszuweiten. Im Berichtsjahr waren Schwerpunkte ihres Kampfes Aktionen gegen US-Munitionstransporte, gegen die Startbahn West in Frankfurt, Kernkraftanlagen sowie Entsorgungs- und Wiederaufarbeitungsanlagen. Darüber hinaus entwickelten sie Aktivitäten gegen »Knast, Repression und Überwachungsstaat«, gegen den »alltäglichen Faschismus und Ausländerhetze« sowie für Befreiungsbewegungen in Lateinamerika.

Da die autonomen Gruppen organisatorisch instabil sind, läßt sich ihr personelles Potential kaum schätzen; es dürfte bei einigen tausend im Bundesgebiet liegen. In Schleswig-Holstein liegen die Schwerpunkte der Autonomienbewegung in Kiel, Lübeck, Rendsburg und Itzehoe; ihre Anhängerzahl liegt über 200.

4.3 Aktivitäten der »Neuen Linken« in Schleswig-Holstein

Wie im Bundesgebiet, so haben die Gruppen und Anhänger der »Neuen Linken« auch in Schleswig-Holstein – von Einzelanschlägen militanter »Autonomer« abgesehen – keine gruppenspezifischen Aktivitäten entwickelt, sondern sind in wechselnder Zusammensetzung auf den verschiedenen Arbeitsfeldern jeweils in Aktions-einheiten aufgetreten.

4.3.1 »Friedenskampf«

Die sich selbst dem »unabhängigen Flügel« der Friedensbewegung zurechnenden Gruppen der »Neuen Linken« haben im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein keine nennenswerten regionalen Aktivitäten entfaltet. Ihre Bemühungen konzentrierten sich darauf, durch »landesweite Kooperation und Beratung« einen Zusammen-

schluß zu erreichen, um so ein Gegengewicht zu dem von orthodoxen Kommunisten majorisierten »Zusammenarbeitsausschuß der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein« zu bilden. Die Initiative ging von der Flensburger Gruppe »Friedenshitzer« aus, einer aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung sowohl der undogmatischen »Neuen Linken« als auch der Politik des »Kommunistischen Bundes« nahestehenden Gruppierung. Mehrere von der Flensburger Gruppe einberufene landesweite Treffen unabhängiger Friedensgruppen waren jedoch trotz Unterstützung durch die Partei »Die Grünen« erfolglos. Diese hatte im Februar durch ihre Arbeitsgruppe »Frieden« einen »Antimilitarismus-Rundbrief« herausgegeben, der zu einem »Informations- und Diskussionsorgan der Unabhängigen Friedensbewegung S-H« werden sollte; auch diese Initiative der »Grünen« führte nicht zu einem Zusammenschluß der Gruppierungen des »unabhängigen Flügels« der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein.

Die Beteiligung der schleswig-holsteinischen Gruppen der »Neuen Linken« an bundesweiten Aktionen gegen die Nato-Nachrüstung war ebenso gering wie ihre Fähigkeit, sich auf Landesebene zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen.

Die bundesweiten Strategie- und Taktikdiskussionen zwischen den »Antiimperialisten« (gegen USA und Nato, für einseitige Abrüstung des Westens) und den »Antimilitaristen« (gegen USA und UdSSR, für den Austritt aus der Nato) sowie zwischen »Gewaltfreien« und militanten »Autonomen« lähmten auch die Aktivitäten der Anhänger der »Neuen Linken« in Schleswig-Holstein. Sie führten dazu, daß sich nur die Anhänger der »Ge-

waltfreien Aktion« im Rahmen der Aktionen der FÖGA an den Manöverbehinderungen im Fulda-GAP vom 22. bis 29. September beteiligten, während sich Anhänger der K-Gruppen resigniert zurückzogen und von den militanten »Autonomen« nur wenige an Aktionen teilnahmen.

4.3.2 Antikernkraftbewegung

Die Gruppen der »Neuen Linken« sind seit jeher in der Antikernkraftbewegung aktiv. Hierbei hatte das noch im Bau befindliche Kernkraftwerk Brokdorf eine bundesweite Symbolbedeutung. Nachdem die Fortsetzung der Bauarbeiten an diesem Kernkraftwerk und die Nato-Nachrüstung nicht hatten verhindert werden können, verübten Ende April Anhänger der undogmatischen »Neuen Linken« auf einen Hochspannungsmast in der Nähe von Brokdorf einen Sprengstoffanschlag. Damit wurde das Antikernkraftwerkthema schlagartig wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit »gesprengt«. Zu der Tat bekannte sich eine Gruppe »autonome revolutionäre aktion«. Sie bezeichnete ihre Tat als Teil eines gemeinsamen Kampfes, der sich nicht nur gegen die »einzelnen Projekte (wie Kernkraftwerke oder die Startbahn West) wenden dürfe, sondern die Ursache, den Staat selbst, bekämpfen müsse«. Das Bekennerschreiben läßt die Täter in Kreisen militanter »Autonomer« vermuten.

Der zweite Aktionsschwerpunkt war der Widerstand gegen die Einrichtung eines Zwischenlagers für radioaktive Abfälle in Gorleben. Im Vordergrund dabei stand der »Tag X« als der Tag der ersten Beschickung des Zwischenlagers mit radioaktiven Abfällen. Der tatsächliche erste Trans-

port am 8. Oktober durch das Wendland nach Gorleben verlief ohne wesentliche Störungen. Trotz ihrer Vorbereitungen, z. B. »Telefonketten«, wurden die Kernkraftgegner vollkommen überrascht und reagierten verspätet. Die 50 aus Schleswig-Holstein angereisten »Autonomen« berichteten resigniert, sie hätten nichts ausrichten können.

Als gewalttätige Reaktionen auf diesen »unglücklich verlaufenen Tag« sägte am 23. Oktober in Lübeck eine unbekannt gebliebene »Gruppe Marmor, Stein und Eisen bricht« einen Hochspannungsmast an und verübte am 31. Oktober eine »gruppe hau weg den scheiss« (Bekennerschreiben) einen Sprengstoffanschlag auf einen Mast des Kernkraftwerks Krümmel.

Die »Bewegung weiße rose«, Itzehoe, versuchte, dem »Widerstand« gegen das Kernkraftwerk Brokdorf neue Impulse zu geben; die Strategietreffen mit anderen blieben jedoch ohne Ergebnis. Auch ein »Brokdorf-Widerstandstreffen« vom 26. bis 28. Oktober in Kollmar/Kreis Steinburg blieb ergebnislos.

4.3.3 »Antifaschismuskampf«

Ein weiteres Arbeitsfeld der »Neuen Linken« bildete auch in Schleswig-Holstein die »Antifaschismuskampagne«; hierbei kam es teilweise zu gewalttätigen Ausschreitungen. Wie orthodoxe Kommunisten verfolgen die »Antifaschisten« aus dem Bereich der K-Gruppen – hier insbesondere der BWK, die KPD und die »Volksfront« – das Ziel, durch demonstrative und informative Aktivitäten »antifaschistisches Bewußtsein« zu schaffen. So versuchte der von der KPD und der »Volksfront« im November 1980 in

Kiel ins Leben gerufene »Arbeitskreis-ASCHE-Prozeß«, durch Informationsveranstaltungen und »antifaschistische« Stadtrundfahrten angebliche »faschistische« Tendenzen in Staat und Gesellschaft anzuprangern, die sich seiner Auffassung nach auch in der »faschistischen Tradition« des Volkstrauertages widerspiegeln. Der BWK initiierte in Flensburg eine »antifaschistische« Aktionseinheit mit Anhängern anderer extremistischer Bestrebungen gegen eine Bundeswehrausstellung zum 20. Juli 1944 mit dem Ziel, die Widerstandskämpfer des 20. Juli als »Faschisten« zu entlarven. Weiter beteiligte sich der BWK an »antifaschistischen Aktionseinheiten« in Rellingen am 9. September (s. Nr. 3.4.2) und in Neumünster am 18. November (Volkstrauertag).

Dagegen konzentrierte sich die undogmatische »Neue Linke« in ihrem »Antifaschismuskampf« zunehmend gegen »Faschos«. So kam es insbesondere in Lübeck mehrfach zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen solchen Antifaschisten und Skinheads, die von ihnen pauschal zu Neonazis erklärt worden waren. In Kiel beschädigten ebensolche »Antifaschisten« am 26. April die Wohnung und das Kraftfahrzeug eines Neonazis.

Am Volkstrauertag verhinderten etwa 300 überwiegend aus Hamburg angereiste, zum Teil militant ausgerüstete, verschiedenen Lagern des Linksextremismus angehörende »Antifaschisten« in Geesthacht eine Kranzniederlegung durch etwa 25 bis 30 Angehörige der »Wiking-Jugend« am Kriegerehrenmal auf dem dortigen »Waldfriedhof«. Dabei griffen sie auch die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eingesetzte Polizei an; in der ein-

schlägigen Presse wurde anschließend das Auftreten der Polizei als Beweis der »faschistischen Tradition« der Staatsgewalt gewertet.

4.3.4 Einzelanschläge autonomer Gruppen

Von Angehörigen autonomer Gruppen wurden 1984 in Schleswig-Holstein vier Sprengstoff- und acht Brandanschläge verübt, daneben eine Vielzahl sonstiger Sachbeschädigungen wie z. B. die Beschädigung von Verteidigungsanlagen der Bundeswehr durch Unbrauchbarmachung von Sprengschächten an Brücken und Straßensperreinrichtungen in Lübeck und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Ostholstein.

5. Linksextremistischer Terrorismus

Terrorismus ist der systematische, aus dem Verborgenen geführte Kampf für politische Ziele durch illegale Gewaltakte, die durch »Schrecken« die angestrebte Wirkung erzielen sollen.

Die grundlegenden ideologischen Konzepte des linksextremistischen Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland formulierten in den Jahren 1971 und 1972 die Gründer der »Rote Armee Fraktion« (RAF), Ulrike MEINHOF und Horst MAHLER, in ihren Schriften:

- »Das Konzept Stadtguerilla« April 1971, Ulrike MEINHOF,
- »Stadtguerilla und Klassenkampf«, April 1972, Ulrike MEINHOF,
- »Kollektiv RAF – Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa«, in: »Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – die Armee aufbauen«, Juni 1971, Horst MAHLER.

Nach Ulrike MEINHOF (»Das Konzept Stadtguerilla«) ist eine »Vereinheitlichung der Arbeiterklasse« zu einer revolutionären Massenbasis unter den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland nur durch eine »praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde« auszulösen. Ob dies machbar sei, sei nur »praktisch zu ermitteln« (»Primat der Praxis«).

Ein weiterer fundamentaler Bestandteil des ideologischen Konzepts der RAF ist der »antiimperialistische Kampf«:

»Der antiimperialistische Kampf . . . zielt darauf, das imperialistische Herrschaftssystem zu vernichten, zu zerstören, zu zerschlagen – politisch, ökonomisch, militärisch . . .« (Rede der Ulrike MEINHOF im »BAADER-Befreiungsprozeß« vom 13. September 1974)

Von der RAF sind – trotz weitgehender ideologischer Gemeinsamkeiten wie der Ablehnung des Systems und dem revolutionären Ziel – die »Revolutionären Zellen« (RZ) zu unterscheiden. Die konzeptionelle Abgrenzung zwischen beiden Gruppen liegt in der sogenannten Massenrelevanz.

Die RAF führte schon 1971 aus:

»Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit . . . Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht . . . Daß der einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann.«

(Ulrike MEINHOF, »Das Konzept Stadtguerilla«, Abschnitt V)

Das strategische Konzept der RZ dagegen zielt auf »revolutionäre Wirksamkeit« und auf eine möglichst breite »Massenbasis«:

»Für uns hat die RAF ganz konkrete und praktische Auswirkungen ge-

habt. Wir haben uns gefragt, . . . wie kann das, was sie ansetzt . . . an neuer Politik, wie kann sowas umgesetzt werden in revolutionäre Strategie, d. h., wie kann man ein Verhältnis herstellen zwischen dem, was es hier an Bewegung in der BRD gibt, und dem, was wir meinen, was richtig und notwendig ist, zu tun.«

(»RZ-Interview«, abgedruckt in »Revolutionärer Zorn«, Nr. 1, Mai 1975)

Die RZ verstehen sich in erster Linie als Teil einer »sozial-revolutionären« Bewegung und fordern dazu auf, »Aktionen primär unter dem Gesichtspunkt der Vermassung« durchzuführen. Zum einen propagieren sie ein Konzept, das nicht durch dogmatische Anforderungen abschreckt, sondern für vielfältige politische Zielsetzungen und Aktionsformen Platz läßt, zum anderen berücksichtigen sie bei der Anleitung zum militanten Widerstand denkbare Hemmungsbarrieren der Aktivisten. Daher empfehlen sie je nach Bereitschaft der einzelnen Aktivisten graduell abgestufte Militanz. Ihre Mitglieder verbinden – im Gegensatz zum Kern der RAF – ihre »legale« bürgerliche Existenz mit illegaler terroristischer Aktivität. Ähnlich argumentierten auch 1977 die Verfasser der vor allem in Schleswig-Holstein verbreiteten Schrift »Das tapfere Schneiderlein« (s. hierzu »Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1977«, S. 13).

5.1 Die »Rote Armee Fraktion« (RAF)

Nachdem die RAF Anfang der achtziger Jahre durch Festnahmen mehrerer mit Haftbefehl gesuchter führender Mitglieder sowie durch das Auffinden zahlreicher Waffen- und Material-

depots personell und materiell so geschwächt schien, daß sie keine terroristischen Anschläge mehr verüben konnte, stellte sie 1984 ihre Handlungsfähigkeit erneut unter Beweis.

Am 4. Dezember traten zunächst Brigitte MOHNHAUPT und Christian KLAR in einen als unbefristet angekündigten Hungerstreik, dem sich ca. 30 einsitzende terroristische Gewalttäter, darunter auch die vier in Lübeck-Lauerhof einsitzenden Terroristinnen, anschlossen. Sie forderten, wie schon anläßlich früherer Hungerstreiks, die Zusammenlegung in große Gruppen, die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention für Kriegsgefangene sowie die Abschaffung von Kontrollmaßnahmen. Kurz nach Beginn des Hungerstreiks setzte eine Serie von terroristischen Anschlägen im In- und Ausland ein, die die Forderungen der Hungerstreikenden unterstützen sollten.

Am 18. Dezember wurde ein wegen eines Zeitzünderdefekts mißlungener Sprengstoffanschlag auf eine Nato-Schule in Oberammergau entdeckt. Ein sich zur Tat bekennendes »Kommando Jan RASPE – Rote Armee Fraktion« hatte ein mit Sprengstoff beladenes Auto in unmittelbarer Nähe des Objekts abgestellt und einen Zündzeitpunkt gewählt, an dem – so die Taterklärung – »die meisten Militärs in der Schule sind«.

Ausländische Terrororganisationen wie die französische »action directe« und die belgische Gruppe »Kämpfende Kommunistische Zellen« unterstützten die Hungerstreikaktion der RAF durch eigene Anschläge. Ein »Kommando Elisabeth van DYCK« der »action directe« übernahm die Verantwortung für die Ermordung des französischen Generals AUDRAN am 25. Januar 1985 in Paris.

Auch das terroristische Umfeld der RAF, seit Jahren fest eingebunden in die konzeptionellen Überlegungen der Illegalen, unterstützte den Hungerstreik agitatorisch und aktionistisch. Von 73 durchgeführten oder versuchten Anschlägen ließen 17 Brand- und 14 Sprengstoffanschläge einen eindeutigen Bezug zum Hungerstreik erkennen. Ein Bombenleger kam bei einem Sprengstoffanschlag gegen eine Datenverarbeitungsfirma am 20. Januar 1985 in Stuttgart ums Leben; seine mutmaßliche Komplizin wurde verletzt.

Am 1. Februar 1985 wurde der Vorstandsvorsitzende der Motoren- und Turbinen-Union München GmbH, Dr. Ernst ZIMMERMANN, in seiner Wohnung in Gauting in München erschossen. Für diesen Mordanschlag übernahm die RAF die Verantwortung. Die Schlußformulierung der RAF-Tatbekennung zu diesem Mord findet sich auch in der Tatbekennung der »action directe« zu dem Mord an dem französischen General.

Kurz nach dem Mordanschlag auf Dr. ZIMMERMANN brachen die Hungerstreikenden ihre Aktion ab, da sie für ihre Ziele keine Publizität mehr sahen.

Wie weit der Hungerstreik und die »Offensive« dar aus dem Untergrund Operierenden sowie die Aktionen des terroristischen Umfeldes aufeinander abgestimmt bzw. einkalkuliert waren, zeigten aufgefundene, offenbar schon im April erarbeitete Planungspapiere:

»Die praktische Vorstellung, die wir am besten finden, ist, daß wir – die Front draußen – die Offensive beginnen mit den Angriffen gegen die Infrastruktur ihrer Militärmaschine und daß dann die Gefangenen ihren An-

griff – HS – (Anm.: Hungerstreik) machen.«

Das terroristische Umfeld – so die Vorstellung der RAF – werde durch den Hungerstreik mobilisiert, sich entwickeln und »ne neue Qualität kriegen«. Diese von der RAF und ihren Unterstützern verfolgte Absicht, »neue politische Durchbrüche« zu schaffen und eine »antiimperialistische Front« aufzubauen, ist jedoch gescheitert.

Zwei weitere Aktionen der RAF hatten der Verbesserung der finanziellen Situation und Ausrüstung der aus dem Untergrund Agierenden gedient. Bei einem Raubüberfall auf die Städtische Sparkasse in Würzburg am 26. März waren 171 000 DM, bei einem Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf/Rheinland-Pfalz am 5. November 22 Handfeuerwaffen und zwei Repetierflinten sowie die dazu passende Munition erbeutet worden. Die RAF verfügte darüber hinaus noch über mehrere, bislang nicht entdeckte Materialdepots.

Obwohl im Sommer vier mit Haftbefehl gesuchte Mitglieder der RAF sowie drei weitere, bis dahin unbekanntere RAF-Anhänger festgenommen werden konnten, umfaßte der harte Kern der RAF Ende des Jahres schätzungsweise 30 Personen.

5.2 Die »Revolutionären Zellen« (RZ)

Die terroristischen Aktionen der RZ und ihrer Frauengruppe »Rote Zora« ließen im vergangenen Jahr nach. Die Zahl der Anschläge sank ab 1982 von 38 über 27 vollendete oder versuchte Brand- und Sprengstoffanschläge im Jahre 1983 auf 12 Anschläge 1984.

Dagegen nahmen die Bemühungen der RZ, mit Hilfe von Diskussionspa-

pieren zu aktuellen Problemen Einfluß auf die Entwicklung der linksextremistischen Szene zu nehmen, zu. Nach einem umfangreichen Strategiepapier zur Thematik »Widerstand gegen die Startbahn West« vom August 1983 erschien zum Jahreswechsel 1983/84 ein Papier »Krise, Krieg, Friedensbewegung«, in dem sich die RZ kritisch mit der aus ihrer Sicht erfolglosen und ineffektiven Friedensbewegung auseinandersetzten. Da es nicht gelungen sei, auf diese Bewegung entscheidenden Einfluß auszuüben, propagieren die RZ eine »autonome Gegenbewegung«, die »das System in seiner Totalität angreifen« und sich »eigene Strukturen von Subversion und Illegalität schaffen« müsse, um »unberechenbar, unfaßbar, unbesiegbar zu bleiben«.

In einer weiteren Anfang März verbreiteten Schrift »Wolf im Schafspelz« greifen die Verfasser die Diskussion um die 35-Stunden-Woche auf und stellen sich eindeutig gegen die gewerkschaftlichen Forderungen. Sie warnen die »Linke« davor, sich vor den Karren der Gewerkschaftsführung spannen zu lassen und insoweit eine Aktionseinheit mit Kräften einzugehen, denen letztlich gar nichts an der Bekämpfung des »Systems« in seiner Gesamtheit gelegen sei.

Sicherheits-
gefährdende
und extremistische
Bestrebungen
von Ausländern

B

B. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

1. Begriff des »Ausländerextremismus«

Politische Bestrebungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland werden von den Verfassungsschutzbehörden dann beobachtet, wenn sie

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben oder
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht zum Inhalt haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Politisch extremistische Bestrebungen von Ausländern lassen sich jedoch nur bedingt an der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland messen und nach den hier gewachsenen Begriffen Rechtsextremismus und Linksextremismus einordnen. Vorwiegend wollen politische Organisationen hier lebender Ausländer durch ihre Aktivitäten die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Gegebenheiten ihrer Heimatländer verändern. Zunehmend beziehen sie jedoch - häufig gemeinsam mit deutschen Linksextremisten -

auch Themen in ihre Agitation ein, die in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert werden.

Anknüpfungspunkte für sie sind vor allem

- die zunehmende Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Ausländern,
- eine in Teilen der deutschen Bevölkerung vorhandene Abneigung gegen Ausländer, insbesondere gegen Angehörige außereuropäischer Völker,
- ausländerrechtliche Maßnahmen, wie z. B. gegen Asylmißbrauch und gegen den unbeschränkten Nachzug von Familienangehörigen, und zusätzlich für Türken,
- die militärische und wirtschaftliche Unterstützung des Nato-Verbündeten Türkei durch die Bundesrepublik Deutschland.

In der Bundesrepublik Deutschland sind 115 extremistische Ausländerorganisationen bekannt; davon entfallen 93 auf linksextremistische Gruppen mit rd. 82 000 und 22 auf rechtsextremistische Organisationen mit rd. 34 000 Anhängern. Viele dieser Gruppen sind jedoch wenig stabil, häufig kommt es zu Abspaltungen oder Neugründungen. Ihre Zusammenkünfte sind durchweg schwach besucht. Die meisten Mitglieder erscheinen nicht aus politischen Beweggründen, sondern weil sie die Gelegenheit wahrnehmen, mit Menschen aus ihrem Heimatland zusammenzutreffen. Sie erwarten darüber hinaus von ihren Organisationen in erster Linie Betreuung und Unterstützung. Der Umfang des Ausländerextremismus läßt sich daher nicht an den Mitgliederzahlen der Organisationen ablesen.

Die politisch-extremistischen Aktivitäten von hier lebenden Ausländern haben weiterhin abgenommen. Hier-

bei spielen sowohl die Sorge, nach der Rückkehr in die Heimat strafrechtlich verfolgt zu werden, als auch die Befürchtung, hier wegen extremistischer Betätigung Arbeitsplatz und Aufenthaltserlaubnis zu verlieren, eine Rolle.

2. Extremistische Aktivitäten von Ausländern in Schleswig-Holstein

Von den rd. 86 000 in Schleswig-Holstein lebenden Ausländern gehören nach wie vor rd. 920 extremistischen Organisationen an. Den überwiegenden Anteil hieran haben mit rd. 800 Personen türkische Gruppierungen, die nächststärkere Gruppe mit rd. 80 Personen stellen die iranischen Extremisten.

2.1 Türken

Die mitgliederstärkste, dem rechts-extremistisch/extrem-nationalistischen Lager zuzuordnende türkische Gruppierung, die »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.« (ADÜTDF), ist in Schleswig-Holstein mit drei ihr angehörenden Vereinen in Kiel, Lübeck und Neumünster vertreten. Die ADÜTDF vertritt einen extrem-nationalistischen Standpunkt – ähnlich dem der in der Türkei verbotenen und aufgelösten rechtsextremistischen »Partei der Nationalen Bewegung« (MHP, sogenannte Graue Wölfe*).

In Schleswig-Holstein wie auch im übrigen Bundesgebiet ist die Organisation nach außen hin bemüht, sich als gemäßigte demokratische Bewegung darzustellen, die sich von der MHP gelöst hat. Organisations-

intern zeigte sie jedoch mehrfach ihre Sympathie für diese Partei.

Der Rückgang der Anhängerzahl von 15 000 im Jahr 1983 auf rd. 10 000 im Berichtsjahr ist zu einem großen Teil auf die verstärkte Rückkehr von Mitgliedern in ihr Heimatland zurückzuführen.

Dem islamisch-extremistischen Lager zuzuordnen sind zwei weitere türkische Organisationen, die in Kiel durch Zweigstellen vertreten sind: das »Islamische Zentrum Köln e. V.« und die »Islamische Union Europa« (Köln), denen im Bundesgebiet zusammen rd. 19 000 Personen angehören. Der Anstieg der Mitgliederzahlen gegenüber 1983 um ca. 7000 beruht vor allem auf erfolgreichen Bemühungen, unter gläubigen Landsleuten neue Anhänger zu gewinnen. Beide Organisationen vertreten einen islamisch-fundamentalistischen Standpunkt in Anlehnung an die – in der Türkei ebenfalls verbotene und aufgelöste – »Nationale Heilspartei« (MSP).

Insgesamt umfassen die dem Rechtsextremismus im weitesten Sinne zuzuordnenden türkischen Organisationen in Schleswig-Holstein rd. 600 Personen.

Im linksextremistischen Bereich sind in Schleswig-Holstein mit zusammen rd. 100 Mitgliedern lediglich der »Solidaritätsverein der türkischen Arbeiter in Lübeck e. V.« – Mitglieds-

*) Der »Graue Wolf« ist eine legendäre Gestalt aus der türkischen Mythologie, in der die Türken ein Symbol für Mut, Stärke und Freiheit sehen. Inzwischen sind zunächst türkische, später auch deutsche politische Gegner dazu übergegangen, türkische Rechts-extremisten, insbesondere die Anhänger der »Idealistenvereine«, als »Graue Wölfe« zu bezeichnen. Dieser Sprachgebrauch hat sich durchgesetzt; eine Organisation »Graue Wölfe« gibt es in der Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht.

verein der orthodox-kommunistisch beeinflussten »Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.« (FIDEF) – und der pro-albanisch orientierte »Verein der Studenten aus der Türkei in Kiel und Umgebung« bekannt. Daneben gibt es noch rd. 100 nichtorganisierte linksextremistische Türken in Schleswig-Holstein. Diese unterhalten ebenso wie die Organisierten je nach ihrer ideologischen Ausrichtung Kontakte zu den entsprechenden deutschen linksextremistischen Gruppen, so zur DKP und VVN-BdA einerseits und zum BWK, zur KPD und zur »Volksfront« andererseits.

Entsprechend dem Bundestrend sind auch in Schleswig-Holstein die Aktivitäten extremistischer Türken gegenüber dem Vorjahr weiter zurückgegangen. Während es im Bundesgebiet – im wesentlichen von linksextremistischen Gruppierungen ausgehend – aus verschiedenen Anlässen noch zu Demonstrationen gegen die politischen Verhältnisse in der Türkei, aber auch gegen die deutsche Wirtschaft- und Militärhilfe für die Türkei kam, beschränkten sich in Schleswig-Holstein die Aktionen extremistischer türkischer Gruppierungen auf die Verteilung von Informationsmaterial sowie die Teilnahme einzelner an Veranstaltungen deutscher linksextremistischer Gruppierungen.

Daneben führten türkische extremistische Gruppierungen in Schleswig-Holstein lediglich gruppeninterne Veranstaltungen durch. Diese Zurückhaltung führte dazu, daß es auch nicht mehr zu Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Türken und Anhängern der »Idealistenvereine«, die auch in Schleswig-Holstein in früheren Jahren zum Teil gewalttätig ausgetragen wurden, kam:

so verlief eine Kulturveranstaltung der »Türkischen Gemeinschaft Kiel und Umgebung e. V.« (ADÜTDF-angehörig) am 19. Februar mit rd. 400 Teilnehmern ohne Störungen.

2.2 Iraner

Von den im Bundesgebiet lebenden rd. 38 000 Iranern (1983: 33 000) gehören rd. 2400 (1983: rd. 2500) extremistischen Organisationen an; hiervon halten sich – wie im Vorjahr – rd. 80 in Schleswig-Holstein auf.

Trotz rückläufiger Mitgliederzahlen war ein Anwachsen der Aktivitäten iranischer extremistischer Organisationen im Bundesgebiet festzustellen. Die Zahl politisch motivierter Straftaten stieg von vier im Vorjahr auf zehn an. Gewalttätigkeiten gingen vor allem von iranischen Gruppen aus, die in Opposition zu der derzeitigen iranischen Regierung stehen. In mehreren Städten kam es bei Flugblattverteilungen und anderen Anlässen nicht nur zu verbalen, sondern auch zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der iranischen Regierung.

Die bedeutendste Gruppe unter den Gegnern der iranischen Regierung in der Bundesrepublik Deutschland bilden die Anhänger der international operierenden »Volksfedayin Guerilla«. Sie strebt den gewaltsamen Sturz der iranischen Regierung an und propagiert Gewaltanwendung. Dementsprechend stieg die Zahl ihrer gewalttätigen Aktionen im Bundesgebiet von vier im Jahre 1983 auf zehn im Jahre 1984.

Die orthodox-kommunistische »Tudeh-Partei« verlegte nach ihrem Verbot im Iran im Mai 1983 ihre Aktivitäten nach Europa. In der Bundesrepublik Deutschland trat sie jedoch wenig

in Erscheinung. Vereinzelt Veranstaltungen und gelegentliche Veröffentlichungen wurden von der DKP, dem »Iran-Solidaritätskomitee« und der von der »Tudeh-Partei« beeinflussten »Organisation Iranischer Studenten – Sympathisanten der Volksfedayin des Iran« unterstützt.

In Schleswig-Holstein haben sich Anhänger iranischer extremistischer Organisationen wie auch bisher zurückgehalten, insbesondere ist es nicht zu gewalttätigen Aktionen gekommen. Vielmehr traten sie im wesentlichen nur noch im studentischen Bereich und dort auch nur mit Flugblattaktionen in Erscheinung.

2.3 Araber

Die schweren Auseinandersetzungen um Führung und Politik der »Palästinensischen Befreiungsorganisation« (PLO), die im Mai 1983 mit der von Syrien und Libyen unterstützten Meuterei in der größten PLO-Teilorganisation Al-Fatah begonnen hatten, bewirkten 1984 eine weitere Spaltung und hatten in der Bundesrepublik Deutschland die weitgehende Inaktivität der palästinensischen Widerstandsorganisationen zur Folge. Die Spannungen zwischen Anhängern und Gegnern des PLO-Vorsitzenden ARAFAT führten in Aachen am 28. September zu massiven Handgreiflichkeiten. Die pro-syrischen ARAFAT-Gegner, die jegliche Lösung des Palästina-Problems auf dem Verhandlungswege ablehnen und ausschließlich auf den »bewaffneten Kampf« fixiert sind, konnten ihren Einfluß leicht steigern, ihre Gefolgsleute befinden sich aber insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland deutlich in der Minderheit; nur im »Palästinensischen Studentenverband in der Bun-

desrepublik Deutschland und Westberlin« (PSV) sind sie relativ stark vertreten. In Schleswig-Holstein unterhält der PSV eine allerdings aus nur wenigen Mitgliedern bestehende Zweigstelle. Politische Aktivitäten gingen von ihr nicht aus.

Spionageabwehr

C

C. Spionageabwehr

1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland ist wegen ihrer strategischen Lage – Nahtstelle der politischen Systeme und der Machtblöcke in Europa – sowie ihres industriell-wirtschaftlichen und militärischen Potentials nach wie vor ein besonderer Schwerpunkt der Spionage der Ostblockstaaten. Die Aktivitäten der Nachrichtendienste der einzelnen Ostblockstaaten werden weiterhin vom »Komitee für Staatssicherheit« (KGB) der Sowjetunion koordiniert und gesteuert. Allerdings ist nach wie vor den Nachrichtendiensten der DDR – Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mit der »Hauptverwaltung Aufklärung« (HVA) und der »Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee« (Verwaltung Aufklärung) – eine Sonderstellung eingeräumt; die gemeinsame deutsche Sprache, Kultur und Mentalität sowie die für Deutsche mit Wohnsitz in der DDR unbeschränkte Einreisemöglichkeit in die Bundesrepublik Deutschland erleichtern die Spionagetätigkeit durch Angehörige der DDR-Nachrichtendienste besonders. Zudem bieten die aus humanitären Gründen und zur Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen von der Bundesrepublik Deutschland geförderten persönlichen, kulturellen und geschäftlichen Verbindungen »nach drüben« und die Übersiedlungen von Ost nach West den Nachrichtendiensten der DDR hervorragende Möglichkeiten für »Ansprachen« und Werbungen. Deshalb gingen 1984 wiederum mehr als 60 % der im Bundesgebiet erkannten Spionageaktivitäten von den Nachrichtendiensten der DDR aus.

2. Spionage in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein betrug der Anteil der DDR-Nachrichtendienste an der gesamten erkannten Spionagetätigkeit sogar rd. 80 %; die Aktivitäten der anderen Nachrichtendienste beruhten durchweg auf Zufallswerbungen. Der Schwerpunkt der mit Hilfe von Agenten ausgeübten Spionagetätigkeit der Ostblock-Nachrichtendienste in Schleswig-Holstein lag mit rd. 70 % der erkannten Aufträge im wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Bereich. Dennoch gewannen die Ostblock-Nachrichtendienste den Hauptteil der für sie bedeutsamen wissenschaftlich-technologischen Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen, wie z. B. Zeitschriften sowie durch Fachgespräche auf Messen und wissenschaftlichen Kongressen.

Daneben bestätigten die Erkenntnisse der Spionageabwehr auch 1984, daß es kaum einen Bereich des politischen, staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland gibt, der für östliche Nachrichtendienste uninteressant wäre.

3. Agentenrekrutierung

Wegen des eindeutigen Übergewichts der Aktivitäten der DDR-Nachrichtendienste werden im folgenden die Anwerbemethoden »unseres östlichen Nachbarn« exemplarisch für alle gegnerischen Nachrichtendienste aufgezeigt. Grundsätzlich sind zwei Vorgehensweisen zu unterscheiden: die Anwerbung von Bürgern des auszuspähenden Landes und das Einschleusen von eigenen Agenten in das betroffene Land.

Nach wie vor nutzen DDR-Nachrichtendienste jede Möglichkeit, um Bürger der Bundesrepublik Deutschland oder anderer westlicher Staaten, sobald sie in ihren Machtbereich gelangt sind, für eine Spionagetätigkeit gegen ihr Heimatland zu werben. Die Mittel reichen von bloßen freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen über ideologische Übereinstimmungen, Gewährung finanzieller Vorteile und sonstiger Versprechungen bis hin zu brutalen Erpressungen. Besonders ausgenutzt werden die deutsch-deutschen Kontakte geschäftlicher oder privater Art. Hierbei werden die DDR-Nachrichtendienste, wie die langjährigen Erfahrungen zeigen, oft von Geschäftspartnern oder Verwandten oder Freunden des Besuchsreisenden willentlich oder unwillentlich unterstützt.

So besuchte vor einiger Zeit ein Kaufmann (K.) aus der Elektronikbranche mehrfach Verwandte in der DDR. Daraufhin wurde einer seiner Verwandten von Mitarbeitern des MfS wegen seiner »Westkontakte« vorgeladen und unter Androhung beruflicher Schwierigkeiten veranlaßt, den K. zu überreden, beim nächsten Besuch auch unverzollte Geschenke mitzubringen. K. erfüllte die Bitte seines Verwandten. Daraufhin wurde er von Mitarbeitern des MfS unter Hinweis auf sein »Zollvergehen« angesprochen und aufgefordert, für die DDR nachrichtendienstlich tätig zu werden. Als Gegenleistung wurden ihm zusätzliche Reisemöglichkeiten in die DDR, die Befreiung von Zollvorschriften und darüber hinaus Geldprämien versprochen. K. erhielt zunächst den simplen Auftrag, auf einer Fachmesse einschlägige Prospekte zu sammeln und bei einem

Treff in Ost-Berlin zu übergeben. Für diese nachrichtendienstliche »Leistung« wurde ihm eine Aufwandsentschädigung ausgezahlt, die er quittierte. Durch diese Unterschrift war er endgültig kompromittiert.

Entscheidendes Hilfsmittel für die Vorbereitung solcher Werbungen ist neben der Einschüchterung der Partner in der DDR die totale Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs durch die DDR-Grenzorgane. Die nachrichtendienstliche Bearbeitung der DDR-Reisenden und der Transitreisenden beginnt schon lange vor ihrer Einreise; ihre Reiseunterlagen, z. B. Visumanträge, werden schon Wochen vorher im Rahmen der »Tippgewinnung« nach nachrichtendienstlich-operativen Gesichtspunkten ausgewertet. Hierbei werden vor allem Reisende aus nachrichtendienstlich interessanten Zielorten des Bundesgebiets (besonders bedeutsame wirtschaftliche Einrichtungen oder Verteidigungsanlagen) oder mit bestimmten Berufen, die nachrichtendienstlich interessante Zugänge versprechen, »aussortiert«.

Daneben benutzen die Nachrichtendienste der DDR die von der Bundesrepublik Deutschland geförderte Übersiedlung von Deutschen aus der DDR – ebenso die Nachrichtendienste der anderen Ostblockstaaten die Aussiedlung von Volksdeutschen aus anderen Ländern des Ostblocks –, um einen Teil von ihnen als künftige Agenten in der Bundesrepublik Deutschland zu werben oder bereits ausgebildete Agenten mitzuschleusen. Auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die sich für die Genehmigung von Ausreisearträgen ihrer Verwandten in der DDR bei DDR-Stellen einsetzten, waren Anbahnungs-

versuchen ausgesetzt, die sie jedoch durchweg später offenbaren.

4. Erfolge der Spionageabwehr

1984 sind wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit oder sicherheitsgefährdender nachrichtendienstlicher Tätigkeit im Bundesgebiet 23 Personen rechtskräftig verurteilt worden, zwei davon in Schleswig-Holstein. In diesen Zahlen sind nicht die Fälle enthalten, die ohne Strafverfahren beendet wurden.

Entsprechend der Devise »Spionageabwehr heißt Spionage verhindern« nehmen das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Verfassungsschutzbehörden der Länder nach wie vor besonderen Bedacht darauf, Agenten bereits vor Aufnahme einer Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu enttarnen oder sie von den Vorteilen einer Offenbarung zu überzeugen. Tatsächlich offenbaren sich Jahr für Jahr, aus welchen Gründen auch immer, zahlreiche Agenten im Vertrauen darauf, daß sie wegen ihrer in einer Zwangslage abgegebenen Zusage oder Unterschrift in der Bundesrepublik Deutschland nicht strafrechtlich verfolgt werden. Der zahlenmäßige Umfang solcher Selbstgestellungen kann hier nicht genannt werden.

5. Hinweise für Reisen in den kommunistischen Machtbereich

Werbungen von Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland durch Nachrichtendienste des Ostblocks erfolgen fast ausschließlich bei Reisen

in den kommunistischen Machtbereich; dies trifft insbesondere für Werbungen durch Nachrichtendienste der DDR zu. Werbungsanlässe sind dabei vor allem Devisen- und Zollvergehen sowie Verstöße gegen die Melde- und Verkehrsbestimmungen; in diesen Fällen werden nachrichtendienstlich interessante Personen vor die Alternative »Strafe oder nachrichtendienstliche Mitarbeit« gestellt.

Deshalb sollten sich Bundesbürger, die in Ostblockländer reisen wollen, vorher über die im Zielland geltenden Bestimmungen informieren, um somit Rechtsverstöße und damit eine Gefahrenquelle nachrichtendienstlicher Anbahnungsversuche zu vermeiden.

Bundesbürger, die dennoch aus solchen oder anderen Gründen zu einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit für einen Ostblockstaat gezwungen worden sind, können sich durch eine Offenbarung ohne Bestrafung aus einer solchen Zwangslage befreien. Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland bietet hierfür genügend Möglichkeiten.

Informationen über die Arbeitsmethoden östlicher Nachrichtendienste und Ratschläge für das Verhalten im Falle einer nachrichtendienstlichen Ansprache erteilen auf Anfrage der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein – Abteilung Verfassungsschutz – in Kiel (Tel. 04 31/56 30 41) sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln und die Verfassungsschutzbehörden der anderen Bundesländer.